

GEW

EuWiS

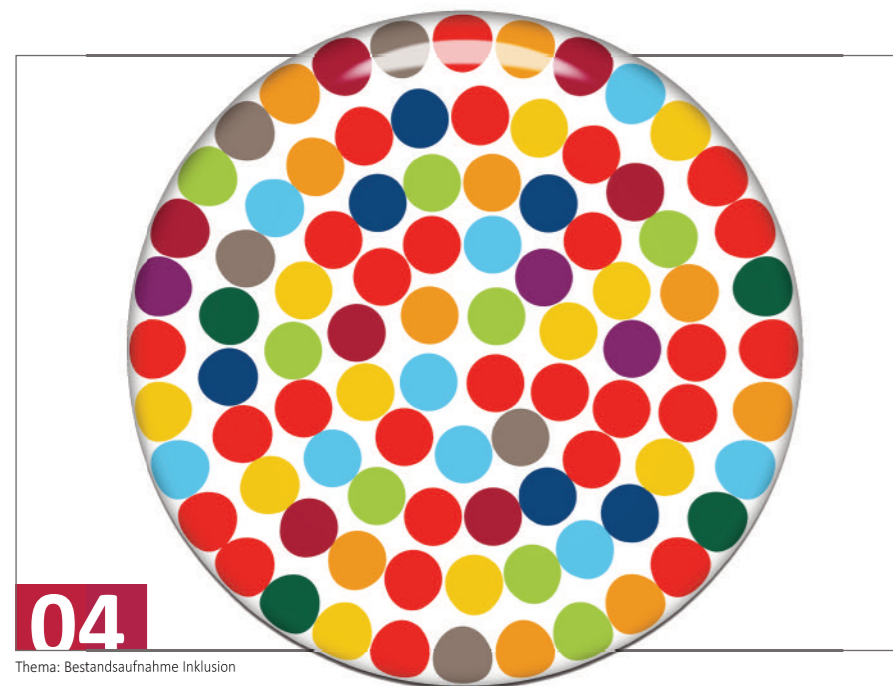
Juni 2017

Zeitung "Erziehung und Wissenschaft im Saarland" des Landesverbandes der GEW im DGB

**BESTANDSAUFNAHME
INKLUSION**



BILDUNG. WEITER DENKEN!



04

Thema: Bestandsaufnahme Inklusion

Editorial 03

Thema: Bestandsaufnahme Inklusion 04

- 04** Inklusive Bildung ist fundamentales Menschenrecht aller Lernenden
- 06** Ein Jahr Inklusion - ein Blick aus der Praxis
Erfahrungen des 5er-Jahrgangsteams an der GemSch Saarbrücken-Bellevue
- 07** Ein Jahr Inklusion an weiterführenden Schulen
Interview mit Anett Sastges-Schank und Dieter Berg
- 09** Inklusion im Saarland
Ein Kommentar von Matthias Römer

Jugendhilfe 10

- 10** „Es gibt keine andere als die politische Pädagogik“
7. Jugendhilfekongress der GEW in Berlin-Neukölln

Schule 12

- 10** Schulplanung
Schule ist nicht nur, aber vor allem auch Gebäude

Gewerkschaft 14

- 14** 28. GEWerkchaftstag in Freiburg
Beraten, Beschließen - Bildung. Weiter denken.

- 16** Nachbetrachtung PR-Wahl LHS

- 16** GEW-Vertreter erfolgreich
Personalratswahlen beim Landkreis NK

- 17** Die Bildungsmesse - ein Maßstab für Bildung?

- 18** Wir sind viele. Wir sind eins.
1. Mai 2017

Info & Service 19

- 19** Brisante Themen zum 10-jährigen Jubiläum
AK-Filmtage

Bücher & Medien 20

- 20** Als wir gegen die Deutschen verloren haben
- 20** Sprachförderung im Kindergarten
- 21** Enzyklopädie der Dummen Dinge
- 21** Professionalisierung im Berufsfeld Schule
- 22** Eigensinn
Die starke Strategie gegen Burn-out und Depressionen

Geburtstage & Jubiläen 23

- 23** Juni 2017
- 23** Schlusswort



Öffnungszeiten der Geschäftsstelle

Mo. - Do.: 09.00 - 12.00 Uhr | 13.00 - 16.00 Uhr
 Fr.: 09.00 - 12.00 Uhr | 13.00 - 15.00 Uhr
 Telefon: 0681 / 66830-0,
 Telefax: 0681 / 66830-17
 E-Mail: info@gew-saarland.de
 Internet: http://www.gew-saarland.de

GEW-Service

Beratungszeiten für Mitglieder in Rechtsfragen

Mo., Di. u. Do.: 08.30 - 16.30 Uhr,
 Mi.: 13.00 - 17.00 Uhr

Landesstelle für Rechtsschutz

Gabriele Melles-Müller,
 Tel.: 0681 / 66830-13,
 E-Mail: g.melles-mueller@gew-saarland.de

Fr.: 13.00 - 16.00 Uhr unter
 Tel. (priv.): 0170 / 4151006

Beratung für Referendarinnen und Referendare

Andreas Sánchez Haselberger, Tel.: 0681 / 66830-14
 E-Mail: a.sanchez@gew-saarland.de

Beratung für Beschäftigte und Freiberufler (Erwachsenen- & Weiterbildung)

Georges Hallermayer
 georges.hallermayer@wanadoo.fr

Beratungsdienst für Auslandsaufenthalt von Lehrkräften

Marlene Wagner
 Tel.: 06833/1435 (nachmittags)

Redaktionsschluss

09.06.2017
 (Juli/August-Ausgabe)

26.06.2017
 (September-Ausgabe)

E-Mail: redaktion@gew-saarland.de

Impressum Herausgeber

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB,
 Landesverband Saarland, Geschäftsstelle:
 Mainzer Str. 84, 66121 Saarbrücken
 Tel.: 0681 / 66830-0, Fax: 0681 / 66830-17
 info@gew-saarland.de

Redaktion
 Agnes Bender-Rauguth,
 Helmut Bieg,
 Thomas Bock,
 Dr. Judith Frankhäuser
 Anna Halbdeufel,
 Matthias Römer,
 Helmut Stoll (verantwortl.)

Anzeigenverwaltung
 Andreas Sánchez Haselberger
 a.sanchez@gew-saarland.de

Satz, Gestaltung
 Bärbel Detzen
 b.detzen@gew-saarland.de

Druck
 COD Büroservice GmbH
 Bleichstraße 22, 66111 Saarbrücken
 Telefon: 0681 / 393530, info@cod.de

Bildnachweis
 u.a. fotolia.de, privat

Titelfoto
 GEW Saarland

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der GEW wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.



Liebe Kolleginnen und Kollgen,

Inklusion im Bildungswesen bedeutet die entwicklungs- und lernförderliche Teilhabe aller am allgemeinen Schulsystem, zu dem die Förderschulen gemäß KMK-Beschlusslage nicht gehören. Um die menschenrechtlich fundierten Leitideen der Inklusion zu realisieren, bedarf es grundlegender Reformen unseres Bildungssystems, sodass die natürliche Diversität und Heterogenität aller Schüler_innen die gemeinsamen Lern- und Entwicklungsprozesse bereichern können.

Inklusion als gesamtgesellschaftlicher Prozess ist im Kontext der menschenrechtlichen Bewegungen verortet, die für die Emanzipation und die gesellschaftliche, politische und kulturelle Partizipation bislang benachteiligter Personengruppen kämpfen: dazu gehören z.B. seit den 1960er Jahren die Bürgerrechtsbewegung in den USA, die Frauenbewegung und auch die Bewegungen, die das Ziel verfolgen, Kinder mit Behinderungen ins allgemeine Bildungswesen zu integrieren, eine Forderung, die schon 1973 durch eine entsprechende KMK-Empfehlung Auftrieb erhielt.

Diese gesellschaftlichen Bewegungen, die die Minimierung von Diskriminierung und Maximierung von Teilhabe auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens anstreben, stoßen in einer durch soziale Ungleichheit, Konkurrenzdenken und vielfältige Selektionsmechanismen geprägten Gesellschaft auf erhebliche Widerstände. „Inklusion ist Kommunismus in der Schule“, meinte einst Matthias Brodkorb, seines Zeichens Bildungsminister von Mecklenburg-Vorpommern.

Im Saarland, das seit mehr als 30 Jahren integrative schulische Bildung ermöglichte, wurden seit 2014 die gesetzlichen Grundlagen geschaffen, um inklusive Bildungsprozesse zu unterstützen. Viele allgemeine Schulen machen und machen sich trotz der zu Recht beklagten Ressourcenknappheit und der schwierigen Rahmenbedingungen auf den Weg zur Inklusion, indem sie Schul- und Unterrichtskonzepte umsetzen, die allen Schülern_innen gutes Lernen in der Gemeinschaft der Verschiedenen ermöglichen. Sich auf den Weg zu machen, heißt noch nicht am Ziel zu sein.

Daher wird die saarländische GEW Schulen und Lehrkräfte darin bestärken, den einmal begonnenen Weg der Inklusion trotz des starken Gegenwindes weiter zu beschreiten. Notwendige und angemessene Ressourcen zum Gelingen von Inklusion sind bereitzustellen. Ebenso wird die GEW kritischen Auges verfolgen, ob durch die veränderten politischen Kräfteverhältnisse nach den saarländischen

Landtagswahlen inklusive Bildung vorangebracht wird.

Dr. Brigitte Schumann vertritt u. a. die These, der Rechtsanspruch des Kindes mit Behinderung auf Inklusion werde durch das Recht der Eltern, zwischen Förderschule (Sonderschule) und allgemeiner Schule zu wählen, verfälscht. Anett Sastges-Schank und Dieter Berg, beide Vertreter des saarländischen Bildungsministeriums, betonen in einem Interview die pädagogischen Vorteile von Inklusion und verweisen auf die positiven Beispiele für Inklusion im Saarland. Matthias Römer zeichnet ein differenziertes Bild inklusiver Bildung aus der Sicht eines Lehrers an einer saarländischen Gemeinschaftsschule.

Brigitte Bocks Bericht über den 7. Jugendhilfekongress und das von Thomas Bock an der Gemeinschaftsschule Bellevue geführte Interview regen sicherlich zur Lektüre ebenso an wie Joachim Fegerts Ausführungen zur schulischen Raumgestaltung und Christel Pohls Bericht über den 28. GEWerkchaftstag. Dort wurde unser saarländisches GEW-Mitglied Ilka Hoffmann wieder in den Bundesvorstand der GEW gewählt. Dazu gratulieren wir dir, liebe Ilka, ganz herzlich.

Ich wünsche euch eine interessante Lektüre. ■

Helmut Stoll

ANZEIGE



COD Büroservice GmbH
 Mainzer Straße 35 66111 Saarbrücken
 Tel. 0681 39353-51 Fax 0681 6852301
 print@cod.de www.cod.de



Inklusive Bildung ist fundamentales Menschenrecht aller Lernenden

Es gibt kein Wahlrecht der Eltern auf Segregation

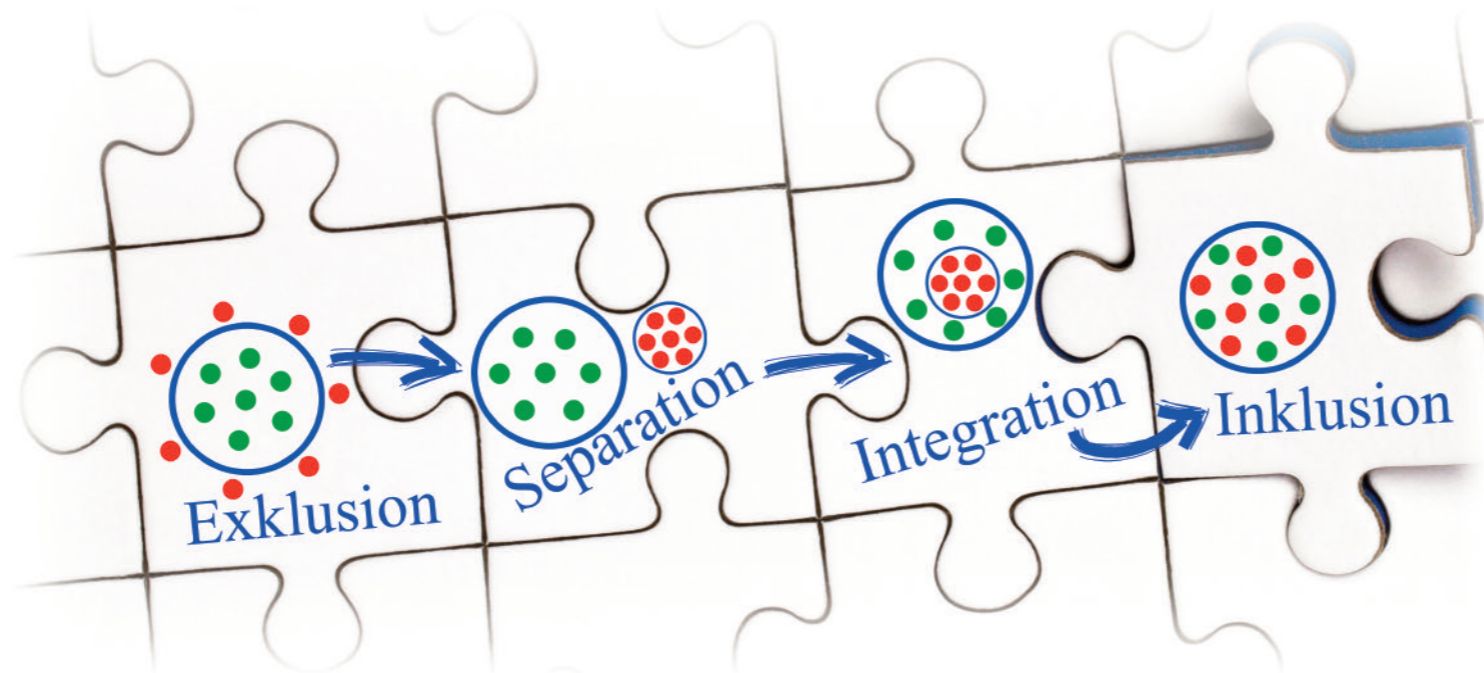
Dies ist die Kernbotschaft des allgemeinen Kommentars No. 4 zur UN-Behindertenrechtskonvention, der soeben vom UN-Fachausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Genf verabschiedet worden ist. Darin werden die staatlichen Verpflichtungen zur Umsetzung von Artikel 24 der Menschenrechtskonvention verbindlich normiert, an das sich auch das bestehende deutsche Bildungssystem messen lassen muss.

Normative Kernaussagen des „General Comment“

Der in englischer Sprache verfasste umfangreiche „General Comment“ stellt inklusive Bildung als ein Menschenrecht für alle heraus, das auch für Menschen mit Behinderungen auf allen Stufen des Bildungssystems gilt. Inklusive Bildung schließt ausdrücklich das Recht auf Nicht-Segregation, Nicht-Diskriminierung und Chancengleichheit ein. Inklusive Bildung ist das Recht des Kindes. Die Eltern haben sich in der Wahrnehmung ihrer Verantwortung an dem Recht des Kindes auszurichten.

Damit alle Lernenden in ihrer Unterschiedlichkeit erreicht werden und alle gleiche Rechte, Würde, Anerkennung und das Gefühl der Zugehörigkeit in einer lernfreundlichen, unterstützenden und qualitativ hochwertigen Lerngemeinschaft genießen, erfordert inklusive Bildung eine systemische Veränderung, z.B. der Strukturen, der Organisation, des Curriculums, der Lehr- und Lernstrategien, der Aufgaben- und Leistungskultur, der Professionalisierung des Personals, der Lernumgebung. Der angemessenen Ausstattung für Menschen mit Behinderungen muss dabei höchste Priorität eingeräumt werden.

Diese Entwicklung muss einem regelmäßigen Monitoring- und Evaluationsprozess unterzogen werden, um Formen der Segregation oder Integration, die eine inklusive Entwicklung behindern, aufzudecken und die Qualität der Angebote zu überprüfen. Zur vollen Realisierung eines inklusiven Bildungssystems ist es notwendig, so zügig wie möglich alle verfügbaren Ressourcen einzusetzen. Das Nebeneinander von zwei Systemen, einem segregierten Sonderschulsystem und einem Regelschulsystem, ist damit nicht vereinbar.



Deutsche Verhältnisse

Seit dem Inkrafttreten der Behindertenrechtskonvention im März 2009 unterläuft die Kultusministerkonferenz (KMK) und mit ihr die Bildungspolitik in den Ländern die Konvention in mehrfacher Weise. Das Recht auf inklusive Bildung für alle wird ausschließlich auf Menschen mit Behinderungen bezogen und der individuelle Rechtsanspruch des Kindes mit Behinderungen auf inklusive Bildung wird zu einem Recht seiner Eltern verfälscht, zwischen Sonderschule und allgemeiner Schule zu wählen. Damit lässt sich zwar ein besonders teures sonderpädagogisches Doppelsystem politisch legitimieren, aber die personelle Ausstattung der allgemeinen Schulen für eine qualitativ hochwertige inklusive Entwicklung ist so nicht gewährleistet.

Empirische Daten zeigen, dass trotz steigender Inklusionsquoten sich das segregierte Sonderschulsystem unter dieser Voraussetzung bestens erhält. Während die Inklusionsquoten steigen, bleiben die Segregationsquoten stabil. Der Anstieg geht eben nicht einher mit dem Abbau von Sonderschulen. Er geht ursächlich darauf zurück, dass mit Hilfe der sonderpädagogischen Diagnostik immer mehr Grundschulkinder durch Attestierung von sonderpädagogischem Förderbedarf „Inklusionskinder“ werden. Da der notwendige Ressourcentransfer aus den Sonderschulen in die allgemeinen Schulen ausbleibt, sehen insbe-

sondere Eltern von Kindern mit erhöhtem Förderbedarf in der allgemeinen Schule keine Alternative zur Sonderschule.

Auch das gegliederte allgemeine Schulsystem wird bei dieser Auslegung von inklusiver Bildung weder in seinem Bestand noch in seiner sozialen Selektions- und Segregationsfunktion grundsätzlich in Frage gestellt. Durch die gängige Praxis, die integrierten Schulen oder die Hauptschulen, sofern sie noch existieren, zu Orten des gemeinsamen Lernens zu machen, bleiben die Gymnasien von der Verpflichtung ausgenommen, sich mit Inklusion auseinanderzusetzen und sich weiterzuentwickeln.

Die Entwicklung seit 2009 belegt, dass die bildungspolitische Konzeption von inklusiver Bildung dem Zwecke dient, das bestehende System mit seinen etablierten Strukturen, Institutionen und Überzeugungen weitgehend aufrechtzuerhalten. Zu den Überzeugungen gehört die Vorstellung, dass Kinder am besten in leistungshomogenen Gruppen lernen und gefördert werden können. Dass sich diese Überzeugung trotz gegenteiliger Ergebnisse aus Forschung und pädagogischer Praxis gesellschaftlich hartnäckig hält, verdankt sich nachweislich der Tatsache, dass die mit der Leistungshomogenisierung verbundene soziale Segregation der Privilegierung von Bildungsansprüchen der sozialen Mitte nutzt.

Während die Kritik des UN-Fachausschusses an der Konventionsumsetzung anlässlich der Staatenprüfung Deutschlands der KMK keine Reaktion wert war, sah sie sich durch den Entwurf des „General Comment“ erst-

natürlichen Recht der Eltern aufgebaut, über Erziehung und Bildung ihrer Kinder zu entscheiden. Das sei grundgesetzlich verbrieft. Mit dem Recht der Eltern, zwischen Sonderschule und allgemeiner Schule zu entscheiden, würden die Prinzipien der Verfassung erfüllt. Von Segregation könne nur dann gesprochen werden, wenn gegen den Willen von Eltern die Separierung erfolge. Im Übrigen wurde als Beweis für die erfolgreiche Inklusionsentwicklung auf den kontinuierlichen Anstieg von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Regelschulen verwiesen.

Der Verein „Politik gegen Aussonderung-Koalition für Integration und Inklusion“, eine deutschlandweite Nicht-Regierungsorganisation, die sich für die Förderung der Integration und Inklusion beeinträchtigter, behinderter und benachteiligter Menschen in allen Lebensbereichen einsetzt, schickte dazu ein Gegenstatement an die Adresse des Fachausschusses¹. Die Stellungnahme wurde unterstützt von zahlreichen Inklusionsforscher_innen und. Nachdrücklich wurde darin der Rechtsauffassung der KMK von inklusiver Bildung widersprochen, da sie auf „grundlegenden menschenrechtlichen Fehleinschätzungen“ beruhe. Die Darstellung der Inklusionsentwicklung seitens der KMK wurde korrigiert und eine grundlegende konventionskonforme Überarbeitung der Länderkonzepte gefordert.

Wie weiter?

Nun ist der „General Comment“ verabschiedet. Die deutsche Position und die deutschen Verhältnisse stehen dazu in einem

scharfen Gegensatz. Dass die KMK den Kommentar von sich aus der deutschen Öffentlichkeit zugänglich macht, ist nicht zu erwarten. Eine amtliche deutschsprachige Übersetzung unter Beteiligung der Monitoringstelle am Deutschen Institut für Menschenrechte zügig zu erstellen und für deren politische Verbreitung zu sorgen, muss die allererste Forderung an die Bundesregierung sein. Das wäre die notwendige Voraussetzung für einen öffentlichen Diskussionsprozess mit dem Ziel, einen bildungs- und gesellschaftspolitischen Kurswechsel zugunsten des menschenrechtsbasierten Modells von inklusiver Bildung vorzubereiten und die Inklusion zu retten. ■



Dr. Brigitte Schumann
ifenic@aol.com

¹ <http://www.ohchr.org/EN/HRBodies/CRPD/Pages/CRPDIndex.aspx>

² <http://www.politik-gegen-aussonderung.net/index.php/gegenentwurf-zur-stellungnahme-von-bund-laendern-und-kmk-an-das-buero-des-hochkommissars-fuer-menschenrechte-in-genf>

Foto: fotolia.de/@magele-picture (geändert)

Ein Jahr Inklusion - ein Blick aus der Praxis

Erfahrungen des 5er-Jahrgangsteams an der GemSch Saarbrücken-BelleVue
Interview mit den beiden GEW-Mitgliedern Constanze Witt-Jung und Jens Großlaub

EuWiS:

Constanze und Jens, wie lange arbeitet ihr schon an der Bellevue?

Constanze:

Seit sieben Jahren.

Jens:

Und ich seit 9 Jahren.

EuWiS:

Wie ist bei euch im Jahrgangsteam die personelle Ausstattung?

Constanze:

Wir sind momentan gut ausgestattet. Wir haben zusätzlich zu den Regellehrern eine Förderschullehrerin und vier Schulstrukturhelfer, was sich aber auch zum nächsten Schuljahr ändern wird. Wir haben momentan vier, also einen pro Klasse und werden im kommenden Jahr nur noch zwei für vier Klassen haben.

Jens:

Nächstes Schuljahr wird das zu wenig sein. Wir haben viele Kinder in den Klassen, die

ganztägig jemanden brauchen, der sie betreut. Wir merken, dass für diese Kinder, sobald die Schulstrukturhelfer nicht mehr da ist, Lernen eigentlich nicht mehr möglich ist. Wir merken das schon jetzt vor allem im Nachmittagsbereich. Von den rund 90 Kindern im Jahrgang haben etwa 70 einen besonderen Förderbedarf.

EuWiS:

Das ist ein sehr hoher Prozentsatz. Woran macht ihr den besonderen Förderbedarf fest?



Constanze Witt-Jung und Jens Großlaub

Jens:
Anhand der Informationen der Grundschulen zum Verhalten und zu den Leistungen und natürlich unserer eigenen Beobachtungen. Und da hat sich gezeigt, dass wir sehr viele Kinder mit teils schweren Verhaltensauffälligkeiten haben, Kinder die oft auch sehr aggressiv sind und deshalb unbedingt eine ganztägige enge Betreuung durch Schulstrukturhelfer brauchen.

Constanze:
Das Wichtige ist: man kann nicht mehr alleine unterrichten!

EuWiS:
Wie bewertet ihr die sächlich-räumliche Ausstattung?

Jens:
Wir haben zu jedem Klassenraum einen Differenzierungsraum, der halb so groß ist wie ein Klassenraum, in dem auch drei neue Computer stehen. Das ist gut für das Arbeiten an Projekten, für's Methodentraining oder für Gruppenarbeit.

Constanze:
Was uns aber noch fehlt sind Räume, die klassenübergreifend zur Verfügung stehen, um individuelle Fördermöglichkeiten zu bieten, also so etwas wie Lernateliers, die aber auch personell ausgestattet sind.

EuWiS:
Welche Veränderungen erlebt ihr im Vergleich zu früheren Jahrgängen als besonders einschneidend?

Jens:
Das, was wir bereits gesagt haben, dass der Anteil von Kindern mit schwersten Verhaltensauffälligkeiten stark gestiegen ist.

EuWiS:
Und die waren in der Vergangenheit eher auf der Förderschule?

Jens:
Das wäre zu kurz gegriffen. Hier spielen auch gesellschaftliche Entwicklungen eine große Rolle. Der Anteil der Kinder mit einem belasteten Familienhintergrund ist meiner Erfahrung nach einfach gestiegen. Und diese Kinder gehen nach der Grundschule in der Regel an die Gemeinschaftsschule.

EuWiS:
Die Ursachen sind also nicht in erster Linie mit dem Beginn der Inklusion zu erklären, sondern viel mehr mit der gesellschaftlichen Entwicklung?

Constanze:
Ja, das denke ich auch.

EuWiS:
Welche Rolle spielt bei euch die Teamarbeit bei der Umsetzung inklusiven Lernens.

Constanze:
Eine sehr große Rolle.

Jens:
Überlebensnotwendig. Wir ergänzen uns sehr gut.

Constanze:
Aber man bräuchte drei bis vier Stunden die Woche, wo man sich mit allen zu sammeln kann und Themen aktuell besprechen kann.

EuWiS:
Also die Forderung nach Systemzeit?

Constanze:
Ja, genau.

Jens:
Auf jeden Fall.

EuWiS:
Welche Absprachen zwischen Regellehrer_innen und Förderlehrer_innen gibt es bei euch im Team?

Jens:
Also zunächst mal sind wir sehr froh um den Erfahrungsschatz unserer Förderschulkollegin und die Absprachen funktionieren gut. Ein großer Vorteil ist, dass sie voll und ganz unserem Team zugeordnet ist.

Constanze:
Unsere Förderschulkollegin übernimmt die Erstellung von Förderplänen und die Dokumentation und organisiert Förderplangespräche und deren Vorbereitung mit den betreffenden Kolleginnen und Kollegen. Und natürlich unterrichtet sie zeitweise kleine Gruppen von Schülerinnen und Schülern mit besonderem Förderbedarf und macht Vorschläge zur Leistungsmessung für Schülerinnen und Schüler mit abgesehenem Anforderungsniveau.

Jens:
Außerdem erfolgt ein ständiger Austausch. Es gibt kaum eine Pause, in der sie nicht da ist und wo man dann direkt mit ihr in den Dialog kommt.

EuWiS:
Wie geht ihr mit der gestiegenen Heterogenität in euren Lerngruppen um?

Jens:
Wenn wir zu zweit in der Klasse sind, funktioniert individualisiertes Lernen gut, denn viele Kinder brauchen engmaschige Betreuung, sonst kommen sie mit der Freiheit selbständigen Lernens nicht zurecht. Wenn ich Montagnachmittag allein in der Klasse bin, ist das nur ganz schwer möglich. Da geht der meiste Teil meiner Kraft dafür drauf zu verhindern, dass manche Schüler über Tische und Bänke gehen.

Constanze:
Ja, und auch Zeit für das Lösen von Konflikten, die die Schülerinnen und Schüler oft aus der Mittagspause mitbringen. Also, die Doppelbesetzung im Unterricht muss eigentlich der Regelfall für alle Unterrichtsstunden werden.

EuWiS:
Stichwort: Inklusionsverordnung - Hilfe oder Gängelung?

Jens:
Hilfe, ja, denn sie bietet einen Rahmen. Aber es entsteht ja auch Mehrarbeit, die sicher sinnvoll ist, aber auch Zeit kostet, die wir oft nicht haben. Also auch in diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal die Notwendigkeit von Systemzeit betonen.

EuWiS:
Wo seht ihr politischen Handlungsbedarf hinsichtlich der Rahmenbedingungen inklusiven Unterrichtens?

Constanze:
Mehr Geld für mehr Zeit, für mehr Lehrer und für kleinere Klassen, sodass wir alle Schülerinnen und Schüler angemessen fördern können - auch die leistungsstarken, sonst laufen uns die nämlich davon und die Gemeinschaftsschule mit ihrem Anspruch, Schule für alle zu sein, droht zu scheitern.

EuWiS:
Welche Tipps habt ihr auf Lager?

Constanze:
Zusammen arbeiten im Team und auf sich aufpassen, damit man motiviert bleibt und weiterhin ein guter Lehrer bleibt.

EuWiS:
Vielen Dank für dieses Gespräch. ■

Thomas Bock

Foto: Thomas Bock

Ein Jahr Inklusion an weiterführenden Schulen

Interview mit Anett Sastges-Schank, Landesbeauftragte für Inklusion in Schulen und Kindertageseinrichtungen, und Dieter Berg, Ansprechpartner für Inklusion an Gemeinschaftsschulen

EuWiS:
Das Saarland hat seit Juni 2014 einige schulgesetzliche Rahmenbedingungen zur sukzessiven Verwirklichung des in der UN-Konvention verankerten Menschenrechts auf Inklusion im Bildungswesen geschaffen. Doch bevor wir auf diese Regelungen zu sprechen kommen - könnt ihr bitte kurz erläutern, welche wesentlichen Merkmale aus eurer Sicht zu einem inklusiven Bildungssystem gehören.

Anett Sastges-Schank:
Es gibt vier grundsätzliche Merkmale inklusiver Bildungseinrichtungen:

- Gemeinsamer, in der Regel wohnortnaher Zugang ist für alle Kinder und Jugendlichen möglich,
- in den Gruppen wird eine individualisierte, auf allen Leistungsniveaus leistungssteigernde Didaktik praktiziert,
- die Arbeit wird von multiprofessionellen Kollegien geleistet und
- jede Lerner_in wird in der Institution respektiert und wertgeschätzt.

Für die Bildungseinrichtung bedeutet das, die Institutionsentwicklung in allen Bereichen auf Teilhabe und Bildung für alle auszurichten und nicht nur, sich für Kinder und Jugendliche mit Behinderung zu öffnen. D.h. für eine Schule, sich in ihrer Arbeit so aufzustellen, dass alle Schülerinnen und Schüler gefördert und gefördert werden können. Als Orientierung und für die Selbstevaluation kann hier z. B. der Index für Inklusion dienen, der die Strukturen, die Kulturen und die Praktiken einer Einrichtung in den Blick nimmt.

EuWiS:
Welche pädagogischen Gründe sprechen für ein inklusives Bildungssystem und welche Vorteile bietet ein inklusives Bildungssystem für alle Schülerinnen und Schüler?

Anett Sastges-Schank:
Vorteile für die Schüler_innen sind z.B., dass in heterogenen Lerngruppen eigene Potentiale erkannt und entfaltet werden können, aber auch die eigenen Grenzen ohne Beschämung erfahrbar sind. Das sind unter pädagogischen Gesichtspunkten wesentliche Chancen inklusiver Bildung. Für alle Ler-

ner_innen ist es wichtig, die Bedeutsamkeit des Anderen für die eigene Entwicklung zu erfahren. Die Lernergebnisse sind in inklusiven Systemen nachweislich nicht schlechter, die Notwendigkeiten an veränderte Unterrichtspraxis gewährleisten aber nachhaltigere Lernprozesse. Inklusive Schule leistet damit die Vorbereitung auf verantwortliche Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen.

Dieter Ber:
Was Anett Sastges-Schank eben als Merkmale inklusiver Bildungseinrichtungen beschrieben hat, ist ja im Grunde nichts anderes als das, was in der Gemeinschaftsschulverordnung als Zielsetzung der Gemeinschaftsschule festgehalten wird, nämlich die optimale individuelle Förderung jeder Schülerin und jeden Schülers in Orientierung an seinen persönlichen Lernvoraussetzungen. Wie die Grundschule versteht sich die Gemeinschaftsschule als eine Schule für alle Kinder - und ist daher auch mit einer weitaus heterogeneren Schülerschaft konfrontiert als beispielsweise das Gymnasium. Daher würde ich behaupten: Einer Grund- oder Gemeinschaftsschule, die ein gute Schule für alle Kinder sein will, bleibt eigentlich gar nichts anderes übrig, als sich zu einer inklusiven Schule zu entwickeln.

EuWiS:
Das 2014 verabschiedete Schulordnungs- und Schulpflichtgesetz sowie die Inklusionsverordnung gelten seit dem Schuljahr 2016/2017 auch für die weiterführenden allgemeinbildenden Schulen im Saarland und damit auch für die Gemeinschaftsschulen. Welche gesetzlichen Änderungen sind aus eurer Sicht besonders bedeutsam?

Anett Sastges-Schank:
Zentral ist der Artikel 4 des SchoG von 2014, der aufsteigend in Kraft tritt und die öffentlichen Schulen auf Inklusion verpflichtet. Bedeutsam ist zudem das Elternwahlrecht hinsichtlich des Förderortes beim Vorliegen der Voraussetzungen für eine sonderpädagogische Unterstützung, zu dem sich auch der neue Koalitionsvertrag ausdrücklich bekennt.

Dieter Berg:
Ich erinnere mich noch gut an ein Schreiben der Didaktikleiter in den ersten Jahren meiner Tätigkeit im Ministerium, in denen ich



Anett Sastges-Schank

Lehrerin, Dipl.Päd., psychoanalytische Zusatzausbildung, seit 1985 im saarländischen Schuldienst, 2009 – 2014 Abordnung ans Zentrum für Lehrerbildung, seit 2014 Inklusionsbeauftragte im Ministerium für Bildung und Kultur.

für die Integration an Gesamtschulen zuständig war. Im Mittelpunkt dieses Schreibens stand der Wunsch nach einer Entbürokratisierung des Entscheidungsverfahrens und einer Erweiterung der Handlungsspielräume der Schule, um eine effektivere und zeitnahe Förderung von Kindern zu ermöglichen, die eine besondere Unterstützung benötigen. Ich denke, mit der Inklusionsverordnung wurde - freilich etwas verspätet - diese Forderung eingelöst und ein rechtlicher Rahmen geschaffen, der Entscheidungen über Fördermaßnahmen dorthin verlagert, wo sie hingehören, nämlich zu den Kolleginnen und Kollegen vor Ort, die diese Kinder unterrichten und begleiten. Die wesentlichen Elemente dieser Verordnung wurden in den 11 Gemeinschaftsschulen, die an dem Pilotprojekt teilgenommen hatten, erprobt und keine dieser Schulen wollte zu den bisherigen Regelungen der integrativen Unterrichtung zurück.

EuWiS:
Welche Unterstützung erhalten die saarländischen Lehrkräfte, um Schule und Unterricht im Sinne von Inklusion weiter zu entwickeln?

Anett Sastges-Schank:
Zunächst muss ich sagen, dass tatsächlich viele Schulen im Saarland den Entwicklungsauftrag angenommen haben und ausgehend von unterschiedlichen Startsituationen die jeweils für ihre Bedingungen notwendigen Schritte gehen. Unterstützung erhalten sie dabei durch die Fortbildungsinstitute, durch Möglichkeiten zum Austausch mit anderen Schulen und Kollegien - auch im Rahmen von Hospitationen - oder die Möglichkeiten der Beratung auf unterschiedlichen Ebenen, z. B. durch die Ansprechpartner_innen im MBK. Hilfreich sind aber auch die Gestaltungsmöglichkeiten hinsichtlich der Organisation individueller Lernverläufe und die Kooperation im Rahmen der budgetierten Unterstützungs-

zuweisung, die viele Schulen so zu nutzen wissen, dass lange administrative Prozesse nicht mehr nötig sind, um Förderung vor Ort zu organisieren.

EuWiS:

Vor welchen zentralen Herausforderungen steht die Lehrerbildung, damit inklusive Bildung gelingen kann?

Anett Sastges-Schank:

Lehrerbildung steht vor der Aufgabe, die Lehrkräfte für die Arbeit mit heterogenen Lerngruppen zu qualifizieren. Umgang mit Heterogenität ist ein Querschnittsthema für alle Schulstufen, Schulformen und jeden Unterricht. Im Bereich der Bildung gilt es Praktiken zu entwickeln, zu vermitteln und zu reflektieren, die den unterschiedlichen Lerner_innen auf unterschiedlichen Niveaus Bildungsangebote machen. In einem Schulsystem, das lange viel Energie darauf verwendet hat, (vermeintlich) leistungshomogene Lerngruppen zu erzeugen und mit ihnen zu arbeiten, bedeutet das einen Kulturwandel. Für die Lehrerbildung heißt es, dieser neuen Annahme von „richtigen“ Lerngruppen angemessene Praktiken zu entwickeln und zu vermitteln. Wichtig wäre auch, Pädagogik und Entwicklungspsychologie wieder zentraler in den Blick der Lehrerbildung zu nehmen. Wir sprechen so oft nur von Schülerinnen und Schülern, als ginge es um Objekte in einer technokratisch zu lösenden Formel vom Lernen. Dieser Ansatz wird inklusiver Bildung, in der das in der Gemeinschaft lernende Subjekt im Mittelpunkt steht, nicht gerecht. Und nur unter dieser Voraussetzung kann in Bezug auf die Lerninhalte hohe Fachlichkeit erreicht werden.

EuWiS:

Viele Lehrkräfte fühlen sich durch „die In-



Dieter Berg

Lehrer für Deutsch und katholische Religion, 1982-87 Gymnasium am Krebsberg Neunkirchen, 1987-92 Abordnung an die Universität des Saarlandes, 1992-2004 Gesamtschule Sulzbachtal, seit 2004 Abordnung an das Bildungsministerium, Arbeitsschwerpunkte Integration und Inklusion, Fachaufsicht für Religionsunterricht und Deutsch an Gemeinschaftsschulen, Mitarbeit in der Schulaufsicht.

klusion“ überfordert. Hat sich die Schülerschaft seit Inkrafttreten der inklusionsorientierten Gesetze erheblich verändert? Welche Bedingungen machen insgesamt die Arbeit an manchen Schulen so schwierig?

Anett Sastges-Schank:

Zunächst: es gibt nicht „die“ Inklusion und das Ziel inklusiver Bildung ist nichts Additives. Schon gar nicht betrifft es nur das Recht von Menschen mit Behinderung auf Nutzung der Regeleinrichtungen. Mit dem Thema Inklusion ist ein grundsätzlich verändertes Verständnis des Bildungsauftrags verbunden. Das hat Auswirkungen auf die Organisation von Bildung.

Gesellschaft verändert sich permanent. Bereits während meines Lehramtsstudiums Anfang der Achtziger ging es um die Frage, wie Schule auf veränderte Kindheit reagieren muss. Schule steht und stand immer vor der widersprüchlichen Aufgabe, in alten Strukturen Repräsentanten der aktuellen Gesellschaft auf eine unbekannte Zukunft vorzubereiten. Sie hat immer zeitgemäße Antworten gesucht. Die einzelne Lehrkraft steht auf der Nahtstelle. Heterogenität in unserer Gesellschaft entsteht nicht durch Inklusion. Die Anerkennung eines Teilhaberechts im Bereich Bildung und entsprechend veränderte Schulgesetze sind Antworten auf die veränderte Schülerschaft, mit der sich Schulen auch auseinandersetzen müssten, wenn es „die Inklusion“ nicht gäbe.

Viele Schulen lassen sich auf ihre Schülerschaft ein und nutzen die veränderten Gestaltungsmöglichkeiten. Die Arbeit wird nicht dort als am belastetsten erlebt, wo die Schüler_innen mit den größten Belastungen leben. Schulen, die ihre Schulentwicklung sozialraumorientiert gestalten, fühlen sich handlungsfähiger. Dennoch stehen auch sie in dem Dilemma, mit ihren Schülern widersprüchliche Aufgaben erfüllen zu müssen, z.B. bei vorgegeblicher Wertschätzung von Individualität und Kommunikation auf Augenhöhe einheitliche Standards umsetzen zu müssen. Das zehrt und hinterlässt das Gefühl, alles nur falsch machen zu können.

Dieter Berg:

Ja, es scheint ziemlich eindeutig zu sein, dass sich in den letzten Jahren die Schülerschaft an Gemeinschaftsschulen erheblich verändert hat, vor allem durch die große Zahl von Geflüchteten und Zugewanderten und durch die steigende Zahl von Kindern mit massivem Unterstützungsbedarf im Bereich der emotionalen und sozialen Entwicklung. Beides hat gesamtgesellschaftliche Hintergründe und ist sicherlich nicht durch das Inkrafttreten der Inklusionsverordnung verur-

sacht. Von den gewachsenen - und weiter wachsenden - Herausforderungen sind alle Schulen betroffen, wobei die Belastungen zwischen den beiden weiterführenden Schulstufen allerdings sehr ungleich verteilt sind und auch innerhalb der Gemeinschaftsschulen deutliche Unterschiede zwischen einzelnen Standorten bestehen. Wenn hoch engagierte und belastbare Kolleginnen und Kollegen sich an der Grenze ihrer Belastbarkeit fühlen und angesichts der zunehmenden professionellen Anforderungen auch ein Mehr an zeitlichen Ressourcen einfordern, ist dem schwerlich zu widersprechen.

EuWiS:

Welche zusätzlichen Ressourcen brauchen die allgemeinen Schulen, um Inklusion gut voranzubringen?

Anett Sastges-Schank:

Zunächst ist zu sagen, dass die zur Verfügung gestellten Ressourcen nicht verringert wurden. Veränderte Fragestellungen verlangen aber neue Antworten, sprich einen veränderten Umgang mit den Ressourcen. Was die Schulen zu Recht einfordern ist Zeit, um den Veränderungsprozess zu gestalten, und Professionelle mit unterschiedlichen Qualifikationen, um die Vielfalt der Bedarfe an Schule gemeinsam zu bearbeiten. Wenn Bilden und Erziehen beide als Aufgaben ernst genommen werden, muss auch die Zeit, die in den erzieherischen Prozess einfließt, als Arbeitszeit ernst genommen und honoriert werden.

Für die Arbeit der Schulen ist es wichtig, dass zu Beginn der Maßnahmen die im Einzelfall notwendigen Fördervoraussetzungen verlässlich geschaffen werden. Da daran oft unterschiedliche Leistungsträger beteiligt sind, müssen wir weiter an Wegen der reibungslosen Umsetzung arbeiten. Bisher sind diese Prozesse für Lehrkräfte und Eltern oft kraftzehrend.

EuWiS:

Gibt es weiterführende saarländische Schulen, die über ein gutes Inklusionskonzept verfügen und die sich im schulischen Alltag auf einem guten Weg zur Inklusion befinden? Was zeichnet diese Schulen in besonderer Weise aus?

Dieter Berg:

Ja, es gibt diese Schulen, und ihre Zahl beschränkt sich keineswegs auf die ehemaligen Pilotschulen. Bei unseren regionalen Frühjahrsveranstaltungen „Gemeinsam auf dem Weg zur inklusiven Schule“ war es für einige Schulen ein wichtiges Ergebnis des Austauschs feststellen zu können, wie gut man schon aufgestellt ist - und wie „inklusiv“ man

schon aufgestellt war, bevor es die Inklusionsverordnung gab. Wir finden an vielen Schulen viele Beispiele, wie inklusive Bildung gelingen kann - mit unterschiedlichen Ansätzen und Schwerpunkten. Wichtig ist, dass die Musik nach den vorhandenen Tanzpartnern ausgewählt wird. Es macht daher wenig Sinn, die eine oder die andere Einzelschule als besonderes Beispiel herauszustreichen. Was zeich-

net diese Schulen aus? Die meiner Meinung nach wichtigsten Punkte lassen sich an einer Hand abzählen: eine Schulleitung, in der die inklusive Schulentwicklung Antrieb, Rückhalt und Unterstützung findet; ein engagiertes Kollegium, das den Entwicklungsprozess mitträgt und gestaltet; der Aufbau hilfreicher Kooperations- und Teamstrukturen; die Etablierung individualisierender und kooperativer Lernar-

rangements und schließlich eine gute Vernetzung mit außerschulischen Unterstützungssystemen.

EuWiS:

Vielen Dank für das Gespräch und euer Engagement für die Sache der Inklusion! ■

Das Gespräch führte Helmut Stoll

KOMMENTAR

Inklusion im Saarland

eine erste Bestandsaufnahme

Nein, dass es leicht werden würde mit der Inklusion hat keiner vermutet, auch jene Stimmen nicht, die nie einen Zweifel daran lassen haben, dass Inklusion keine Verhandlungsmasse darstellt, sondern unverrückbares Menschenrecht ist, so wie die GEW. Einfach vor allem nicht, weil es immer noch Gruppen im Saarland gibt, die den Prozess blockieren, aufhalten, ja verhindern wollen - bis hin zu geschmacklosen Werbepostern zur Wahl des Hauptpersonalrats, mit denen auf dem Rücken der Schwächsten Verbandspolitik gemacht wurde.

Inklusion - auch im Saarland - ist ein langer Prozess, der einer immerwährenden Evaluation unterliegt, nein: unterliegen muss. In ständiger Abstimmung mit den Beteiligten muss dezidiert geschaut werden, was gut und was schlecht läuft in diesem Prozess. Gegebenenfalls muss nachgesteuert werden. Immer im Sinne der Schülerinnen und Schüler und deren Eltern und zwar aller und nicht nur einzelner Gruppen. Dass Probleme mit dem Verweis auf die falsche Haltung wegdiskutiert werden, erscheint hierbei wenig zielführend. Von diesen Problemen gibt es naturgemäß viele, doch die meisten lassen sich lösen. Leider kosten Lösungen im Bildungsbereich meistens Geld, weil sie mit Personal verbunden sind. Auch das müsste man offen kommunizieren. Bisher ist man in der Regierung von einem Nullsummenspiel ausgegangen. Diese Hoffnung hat sich als trügerisch herausgestellt.

Ein anderer Traum muss wohl auch begraben werden: Das nach pädagogischem Ermessen die Entscheidung über die Absenkung des Anforderungsniveaus an der Stelle getroffen wird, an der sie auch getroffen werden muss, in der Klassenkonferenz, hat bisher nicht dazu geführt, dass von diesem Instrument behutsam Gebrauch gemacht wurde. Das Gegenteil ist der Fall: Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler,

bei denen das Anforderungsniveau in einem oder mehreren Fächern abgesenkt wird (und auch im Zeugnis vermerkt wird) steigt gefühlt rapide. Zahlen hierzu werden nicht veröffentlicht - wären aber von hohem Interesse. An dieser Stelle muss dringend nachgesteuert werden.

Dass Inklusion auch personell mit einem nichtinklusiven System betrieben wird, ist außerdem ein Widerspruch in sich. Mir ist bekannt, dass sich die betroffenen Personalräte vehement für einen Verbleib der Förderlehrkräfte an den Förderzentren ausgesprochen haben. Ein schaler Beigeschmack bleibt jedoch.

Ein Vorwurf geht auch in Richtung der Administration, die hätte absehen können, dass die personellen Ressourcen bei weitem nicht ausreichen, um die gewaltige Aufgabe zu stemmen. Dass an einzelnen Schulen keine einzige ausgebildete Förderlehrkraft zur Unterstützung vorhanden ist, sondern in vielen Bereichen mit Vertretungslehrerinnen und -lehrern gearbeitet wird, führt sicherlich nicht dazu, dass die Blockierer und Verhinderer (s. o.) leiser werden - im Gegenteil. Diese Situation wird auch dadurch verschärft, dass ein Koalitionspartner auf dem Bestand der Förderschulen Lernen besteht - ein Anachronismus. Ähnliches gilt für die Ausstattung. Wer es bezahlt, spielt keine Rolle - dass Schulen noch nicht einmal über Rückzugsräume verfügen, erscheint als ein Witz angesichts der hehren Versprechungen der Verantwortlichen. Das ist nur die Spitze des Eisbergs - diskutiert wird allerdings über die richtige Haltung.

„So wird die Kluft zwischen Gymnasien und Gesamt-, Real- und Hauptschulen größer und größer. Denn während die einen in der Regel keine oder nur ausgewählte Förderschüler aufnehmen, müssen die anderen sehen, wie sie neben den vielen Schwierigkeiten, die sich

ihnen ohnehin stellen, mit immer mehr Inklusionsschülern klarkommen.“ schreibt der Spiegel in seiner Ausgabe vom 06. Mai diesen Jahres. Zusammengefasst: Inklusion wird also nur einem Teil der Gesellschaft als Aufgabe gestellt, während ein anderer Teil diese Aufgabe in vielen Bereichen noch nicht einmal wahrnimmt.

Wie so oft tut Wahrheit und Selbstreflexion not in einem gesellschaftlichen Umwälzungsprozess auf Bildungsebene und damit auch das Eingeständnis von Fehlentwicklungen oder Missständen. Die übergreifende Klammer ist die immer noch fehlende Auseinandersetzung mit einem Grundprinzip der deutschen Bildungslandschaft - der Selektion. Solange dies nicht in Frage gestellt wird, solange ist eine ehrliche Diskussion über die damit zusammenhängenden Probleme nur schwer möglich.

Mit guten Argumenten und Einsichten lassen sich auch die Beschäftigten langfristig für die Realisierung des Menschenrechts auf Inklusion gewinnen und sogar mitnehmen.

Mit Erstaunen stellt die GEW fest, dass der Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung in Sachen Inklusion wieder eine Rolle rückwärts macht: Die Förderschulen werden dort als integraler Bestandteil des inklusiven Schulsystems festgeschrieben; ja sogar die Einrichtung weiterer Förderschulen ist vorgesehen. Hier hätten wir uns Haltung gewünscht. ■



Matthias Römer



„Es gibt keine andere als die politische Pädagogik“

Paulo Freire (1921-1997)

7. Jugendhilfekongress der GEW am 07./08. April 2017 in Berlin-Neukölln

Bildung. Weiter denken!

GEW

Es folgten 7 Vorträge, unterbrochen von einer längeren Pause, in denen alle Referentinnen und Referenten deutlich zum Ausdruck brachten, wie eng das politische System und gesellschaftliche Missstände Bildung beeinflussen. Die Kinder- und Jugendhilfe steckt heute in einem Dilemma: Einerseits inklusive Lösung, Kinderrechte stärken, Leistungsansprüche garantieren, Prävention verbessern ... andererseits Einschränkung von Hilfen, Schwächung der Erziehungsberechtigten, Überforderung der Fachkräfte ... Politik und Pädagogik stehen unter dem Druck, auf aktuelle Herausforderungen zu reagieren. Der grundlegende Zusammenhang von pädagogischem Handeln und politischer Verantwortung geht verloren.

Freitag, 07. April 2017

Prof. Dr. Thomas Rauschenbach vom deutschen Jugendinsitut begann mit seinem Vortrag „Ambivalenzen des Erfolgs. Zur Expansion der Kinder- und Jugendhilfe“

es folgten

■ Prof. Dr. Lothar Krappmann, Max-Planck Institut für Bildungsforschung: „Subjekt sein: Das Recht des Kindes in der pädagogischen Institution“

■ Prof. Dr. Heinz Sünker, Sozialpädagogik/Rudolf-Carnap-Senior-Research-Professor: „Zwischen Anpassung und Widerstand: Gesellschaftliche Erwartungen an die pädagogische Profession“

■ Prof. Dr. Karin Böllert, Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe und Sandra Schee-

res, Senatorin für Bildung Berlin: „Statements und Diskussion: Kinder- und Jugendhilfe im Spannungsfeld gesellschaftlicher Interessen“

■ Prof. Dr. jur. Johannes Münder, Sozialrecht und Zivilrecht: „Gestaltung durch Recht - was kann Recht für eine Reform der Kinder- und Jugendhilfe leisten“

■ Prof. Dr. Stefan Sell, Hochschule Koblenz, Campus Remagen: „Wer zahlt wem für was wieviel? Ressourcensteuerung im Dschungel der Zuständigkeiten“. In diesem Vortrag wird dargelegt, dass pädagogische Themen immer wieder an der Finanzierung ihrer praktischen Durchführbarkeit scheitern. Die Forderung nach einem Rechtsanspruch auf Kitaplätze (besonders der 24-Stunden-Modelle) kam nicht von Pädagogen, sondern von den Arbeitgeberverbänden. Sie stellten fest, dass sich in den neuen familialen Gemeinschaften (neuester Fachausdruck) mehr als 30 % alleinerziehende Mütter befinden, die dem Arbeitsmarkt nicht mehr zur Verfügung stehen, weil die Kinder- und Jugendhilfe keine entsprechenden Betreuungsmodelle bereithält. In Frankreich habe man schon vor Jahren Arbeitgeber an der Finanzierung der KiTas beteiligt. Warum nicht hier in Deutschland?

■ Prof. Dr. phil. Werner Thole, Universität Kassel: „Noch nie so wertvoll wie heute! Die Profession auf der Suche nach Identität und im Ringen um Anerkennung“

Am Abend ging es zur nächsten Veranstaltung, die im „Heimathafen“ in der Karl Marx Straße statt fand. Unter dem Motto „Zeiten-Wende“ wurde den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Jugendhilfekongresses ein schwungvolles und abwechslungsreiches Pro-

gramm geboten. Die BOLSCHEWISTISCHE KURKAPELLE unterhielt mit toller Musik die Zuhörer.

Im Mittelpunkt stand der Abschied von Norbert Hocke und Bernhard Eibeck: Mit Redebeiträgen, Rückblicke mit Fotos aus beider GEW-Biographie wurde deren jahrzehntelanges Engagement dargestellt und gewürdigt. Eine Kollegin aus Rheinland-Pfalz war mit ihrem gesamten KiTa-Team angereist, um für Norbert eine Nummer aus der Erzieherinnenrevue darzubieten.

Auch wir Saarländer überreichten Norbert ein Abschiedsgeschenk und bedankten uns im



■ Prof. Dr. Michael Winkler, Friedrich Schiller Universität Jena: „Mein Recht gehört mir-Respekt vor der Einzigartigkeit als Fundament sozialer Pädagogik“

■ Prof. Dr. Annedore Prengel, Universität Potsdam-Grundschulpädagogik: „Elemente einer Pädagogik der Vielfalt“

■ Prof. Dr. Anke König, Weiterbildungsinitiative Frühpädagogische Fachkräfte: „Kompetent für Inklusion? Professionelle Voraussetzungen“

■ Dr. Christa Preissing, Berliner Institut für Qualitätsentwicklung: „Wer ist der Bestimmer? Das Ringen um Qualität“

■ Anne Heck, Beraterin für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege: „Haltung als Kern pädagogischer Professionalität“

■ Sanem Kleff: Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage: „Courage: Pädagoginnen und Pädagogen gegen Rassismus und Ausgrenzung - Für eine solidarische Gesellschaft“

Im Allgemeinen bewegten sich die Themen der Referenten vorwiegend in den Kinder- und Jugendhilfebereichen, die mit Chancengleichheit im Bildungsbereich zu tun haben. Das liegt vielleicht daran, dass die GEW-Mitglieder hauptsächlich aus Lehrern und Mitarbeitern aus Kindertageseinrichtungen bestehen.

Themenbereiche der HZE (Hilfen zur Erziehung (8. Sozialgesetzbuch) wie offene Jugendarbeit, Eingliederungshilfen und begleitende Hilfen (9. Sozialgesetzbuch) wurden nicht berücksichtigt. Diese Personengruppe ist in der GEW zahlenmäßig noch unterrepräsentiert. Wenn es uns gelingt, auch diesen Fachkräften zu vermitteln, dass die GEW nicht nur eine tariforientierte Gewerkschaft ist, sondern sich auch vor allem mit Arbeitsbedingungen, der Ausgestaltung von Arbeitswelten und der Mitsprache bei der Sozialgesetzgebung und somit auch dem KJHG befasst, wird es uns gelingen, Interesse zu wecken, neue Themenbereiche zu erschließen und unseren Wirkungsbereich zu erweitern.

Nach einem Schlusswort Norbert Hockes gegen 14.00 Uhr war die sehr interessante und anspruchsvolle, aber auch anstrengende Tagung zu Ende. Für die Arbeit in der Fachgruppe konnten wir viele Anregungen und Diskussionsgrundlagen mitnehmen. Ich habe viele Kolleginnen und Kollegen aus vergangenen Zeiten der Bundesfachgruppe wiedergetroffen, Martin hat viele neue Kolleginnen und Kollegen kennen gelernt! ■

Brigitte Bock, Martin Tacke

Fotos: Brigitte Bock, Martin Tacke

Namen aller Kolleginnen und Kollegen des saarländischen Landesverbandes für die gute Zusammenarbeit und Unterstützung, sei es durch Redebeiträge anlässlich von Streiks oder Vorträgen und AG-Leitungen bei Fachtagungen im Saarland. Erst nach Mitternacht sind wir in unser Hotel zurückgekehrt.

Samstag, 08. April 2017

Samstags ging es dann weiter mit den Vorträgen:

■ Prof. Anne-Dore Stein, Ev. Hochschule Darmstadt: „Inklusive Pädagogik ist politische Pädagogik“



Norbert Hocke und Brigitte Bock bei der Abendveranstaltung

Schulplanung

Schule ist nicht nur, aber vor allem auch Gebäude

Was ist Schule? Das Nomen 'Schule' steht für zwei Bedeutungsinhalte. Es meint zum einen die Institution, die Kindern und Jugendlichen Bildung vermittelt. Und es meint zum Zweiten ein einzelnes Gebäude, das eine Schule (im ersten Verständnis) beherbergt.

In den folgenden Ausführungen geht es um den zweiten Bedeutungsansatz. Es geht um das Gebäude, in dem Bildung vermittelt wird. Und es geht um die Frage ob - und wenn ja - inwieweit räumliche Rahmenbedingungen maßgeblichen Anteil am Erfolg oder Misserfolg schulischer Lehrkonzepte und schulischen Lernerfolges haben. Denn nicht zuletzt hat das Gebäude in seiner gesamten Wirkungsausprägung durchaus den Stellenwert eines dritten Pädagogen und damit einen pädagogischen Auftrag. Der Vergleich ist nachvollziehbar, wenn man Schulgebäude aus dem frühen 20. Jahrhundert mit Schulen, gebaut auf der Basis einer pädagogischen Architektur neueren Datums, gegenüberstellt.

Viele Schulgebäude, in denen auch heute noch unterrichtet wird, entstammen den sechziger und siebziger Jahren. Und nicht wenige, später gebaute Schulgebäude wurden mit den (gedanklichen) Blaupausen der damaligen Zeit konstruiert. Die Ansprüche an die Unterrichtsgestaltung bildeten sich in der Raumgestaltung ab. Etwa 60 bis 70 m² große Räume. Lange, leere Flure und alles in der Hauptsache rein minimal-funktional. Kaserne und Schulgebäude konnten sich innenarchitektonisch durchaus ähneln.

Der Lernanspruch in den frühen Sechzigern, der die autoritär geprägten Klassenführungsmethoden Fleiß und Disziplin als Kern-tugenden forcierte, sollte sich in den folgenden Jahrzehnten mehr und mehr hin zu liberalen, individuellen Entwicklungskonzepten der Unterrichtsgestaltung verändern.

Die Unterrichtsmethodik hat sich weiterentwickelt. Die Klassenräume haben sich nicht weiterentwickelt und oft auch nicht das Klassenmöbiliar. Klassenraumgestaltung und Unterrichtsgestaltung streben immer mehr auseinander. Wo vormalig Frontalunterricht seine Entsprechung in der klaren, teilweise starren Zweisitz - Reihenanordnung mit strenger Ausrichtung zu Lehrer und Tafel hatte, wo Lehrmonolog jede Form dialogischen Lernens unterdrückte, war eine zentralisierende Klasseninnenarchitektur nur konsequent.

Und heute? Neue Unterrichtskonzepte in alten Räumen. Neuer Wein in alten Schläuchen: Kann das gut gehen? Mit anderen Worten: die Bildungsausbildung hat ihre Hausaufgaben gemacht, das Lehrpersonal verfügt über die neuesten Kompetenzen in pädagogischen, methodischen, didaktischen und entwicklungspsychologischen Belangen. Die Schläuche sind das Handicap, die Schulen/Gebäude haben den Niveauwandel nicht gleichwertig mitgemacht. Und so ist die Frage nur konsequent, ob es im Zeitalter von Inklusion und anerkannter Heterogenität noch vertretbar ist, den Klassenzimmern den aktuellen Stand pädagogischer Architektur zu verwehren?

Kein Schumacher, Vettel oder Rosberg könnte mit Rennwagen der sechziger oder siebziger Jahre heutzutage ein Formel 1 Rennen gewinnen. Die Kombination alte Hardware und neue Software kann nicht erfolgreich sein - auch bei größter Anstrengung nicht. Braucht demzufolge aktuelle Bildungskompetenz, wenn sie erfolgreich eingesetzt werden soll, nicht unterstützende räumliche Rahmenbedingungen, innerhalb derer die geforderten aktuellen Bildungsstandards umgesetzt werden können?

Schule neu denken, planen - bauen

Eine zukunftsorientierte Schulgebäude, -raum und -geländeplanung folgt in ihrer pädagogischen und unterrichtstechnischen/-methodischen Ausrichtung dem zugrundeliegenden Schulprogramm/-konzept bzw. dem einzelschultypischen Leitbild. Sie ist somit kein Ergebnis des Zufalls oder des "wir brauchen einmal ein paar Räume in die etwa 30 Schüler_innen passen".

Wer sich mit Schulplanung (Neuplanung, Erweiterungsplanung, Umplanung, Modernisierung, Sanierung ...) befasst, muss im Zeitalter von Inklusion und Ganztagschulbetrieb neu denken und planen. Denn Schule ist heute mehr als nur ein Lernort. Sie ist Entwicklungs-, Lern-, Lebens- und Erziehungsort und soll in allen genannten Bereichen qualitätsorientierten Ansprüchen neuester Erkenntnisse entsprechen. Schule ist ein Ort der Möglichkeiten, ganz im Sinne eines nachhaltigkeitsorientierten expansiven Unterrichtserlebens.

Moderne Pädagogik kann zwar immer und überall praktiziert werden, aber ihre umfassende Effizienz kann sich nur dort zugunsten aller Beteiligten entfalten, wo moderne



Schulen (=Gebäude/Räume) dies erlauben. Guter Unterricht ist nur dann möglich, wenn die Rahmenbedingungen diesen auch zulassen. Unterrichtsmethoden des 21. Jahrhunderts lassen sich z.B. nicht mit Raumkonzepten und -gestaltungen von Schulen aus den 1960er, 1970er Jahren sowie teilweise noch älterer Bauten und Räumen verbinden.

Eine pädagogische Architektur, auf dem aktuellen Stand der Technik, betrachtet Schule als ein System, in dem viele unterschiedliche Elemente zusammenpassen und ineinandergreifen müssen, damit das Gesamte erfolgreich funktioniert. Das Schulgebäude ist demnach nicht nur Versorgungsort (was einer reinen Zweckarchitektur entspricht), sondern es muss den Differenzierungsanforderungen einer modernen, inklusiven Unterrichtskonzeption (und eines ganztagsorientierten Schul-lebens) folgen.

Eine Schule ist nicht nur ein Gebäude, in dem gelernt wird. Dies trifft auf alle Schulen zu, insbesondere allerdings auf die Ganztagschule. Sie ist Bildungsort im ganzheitlichen Verständnis. Hier wird gelebt, gelernt, manchmal gelitten und natürlich auch gefeiert. Das lat. 'scola' kommt aus dem Griechischen und

bedeutet "freie Zeit", "Nichtstun", "Müßig-gang". Schule sollte diesen Aspekt immer mitbedenken, wenn es auch vordergründig „nur“ ums Lernen geht.

Das bedeutet für „Schule“:

sie muss in ihrem räumlichen Angebot den Bedürfnissen des bestmöglichen Lernens genauso entsprechen wie den Erholungs- und Freizeitbedürfnissen (Ruhe, Bewegung, Kommunikation, ...) der Schüler_innen und Lehrer_innen. Gute Schularchitektur trägt dazu bei, dass Bildung gelingen kann, dass Kinder und Jugendliche sich positiv entwickeln und dass in einer räumlich angenehm erlebten Lern- und Arbeitsatmosphäre alle in der Schule Tätigen in Gesundheit und Sicherheit ihre Aufgaben verrichten können.

Eine schlechte Schularchitektur behindert Lernfortschritte, zehrt an der Gesundheit aller und beeinträchtigt Motivation sowie die individuelle/soziale Entwicklung der Schüler_innen. Seit PISA ist bekannt, dass Schulen dann erfolgreich sein können, wenn sie für alle Beteiligten gesunde Schulen sind.

Die (Vor-)planung eines Schulneubaus oder die Veränderung bestehender Schulgebäude

bedarf einer intensiven Beschäftigung mit vielen Fragen, die sich, wenn sie nicht gestellt werden, bzw. nicht beantwortet werden, nachteilig auswirken können. Im Folgenden sind einige Stichpunkte aufgelistet, deren Beachtung im Vorfeld der Neu- bzw. Veränderungsplanung von Bedeutung sein kann. Die Liste ist natürlich erweiterbar.

Beteiligte:

Wer ist in die Vorplanung und systematische Konzeption mit einzubeziehen?

- Schulleitung
- Kollegium
- Schüler_innen
- Eltern
- Schulpersonal (Sekretär_innen, Hausmeister_innen ...)
- Schulsozialarbeit
- Schulträger
- Architekten (Bau- und Innenarchitekt)
- Besondere Fachrichtungen unter dem Aspekt Inklusion (Visuell, Auditiv, Motorik ...)

Raumkonzepte

- Welche Räume müssen vorhanden sein?
- Klassenräume (Größenbemessung, variable Gestaltung ...)

- Differenzierungsräume
- Fachräume (Bio, Physik, Chemie, AL ...)
- Räume für Schulleitung
- Räume für Verwaltung
- Hausmeister_innenraum und ggf. Werkstatt
- Kopierräume
- Garderoben
- Medienraum
- Lehrkräftezimmer
- Arbeitsräume für Lehrkräfte
- Arbeitsräume für Schüler_innen
- Konferenzräume
- Computerraum
- Ruhe-Räume
- Freizeit-Aktions-Räume (Disco, Tischtennis, ...)
- Treffpunkt
- Aula
- Beratungsräume für Lehrkräfte-Elternberatung/Lehrkräfte-Schüler_innenberatung
- Freizeiträume mit verschiedenen Angeboten
- Räume für die Schulsozialarbeit
- Sanitätsraum
- Rückzugsraum für Menschen mit Behinderung
- Bücherei
- Archiv
- Toiletten
- Spezielle Lernräume (Ausgewählte Lernpädagogik, ...)
- Flurgestaltung
- Gestaltung von Eingangsbereichen
- Treppen und Flure
- Mensa
- Cafeteria
- Außengestaltung (unter ganz verschiedenen Perspektiven: Landschaftsgestaltung, Freizeitalgestaltung; Bewegung, Ruhe, ...)

Besondere Anforderungen

Welche besonderen Anforderungen an die Räume müssen vorbedacht und erfüllt werden?

- Arbeits- und lernoptimale Raumgrößen (unter dem Gesichtspunkt moderner Unterrichtsmethodik und -didaktik)
- Raum- (und Flur-) planung unter den Gesichtspunkten
 - Akustik,
 - Licht,
 - Lüftung,
 - Variabilität der Raumnutzung
- Energetik
- Barrierefreiheit

Joachim Fegert

Foto: fotolia.de/@Christian Schwier

28. GEWerkenschaftstag in Freiburg

Beraten, Beschließen - Bildung. Weiter denken.

Vom 6. bis 10. Mai fand in Freiburg im Breisgau der 28. Ordentliche GEWerkenschaftstag statt. Über 400 DelegierteInnen aus allen 16 Bundesländern kamen in der Schwarzwaldmetropole zusammen, um einen neuen Bundesvorstand zu wählen und zukunftsweisende Bildungs- und Tarifpolitische Beschlüsse zu fassen.

Wir Saarländer_innen trafen uns am Samstag in Freiburg im altstadtnah gelegenen Hotel und erledigten am Spätnachmittag zunächst den wichtigsten Auftrag: Einchecken zum GEWerkenschaftstag. Und direkt danach ging es um 17.00 Uhr auch schon mit der Eröffnungsveranstaltung los.

Im Rahmen des Festaktes in der Messehalle begrüßte die GEW Bundesvorsitzende Marlies Tepe die Delegierten sowie zahlreiche nationale und internationale Gäste. Beeindruckend war, dass fast 30 Nationen Vertreterinnen und Vertreter nach Freiburg zum GEWerkenschaftstag der GEW entsandt hatten. Zu den Gästen des Abends gehörten u.a. der DGB Bundesvorsitzende Reiner Hofmann und der Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg Winfried Kretschmann (GEW-Mitglied seit den frühen 1980er Jahren).

Am Sonntagmorgen um 9.00 Uhr ging dann die Arbeit los. Nach Eröffnung und Totenehrung dominierten den ganzen Tag Geschäftsordnungs- und Satzungsfragen das Geschehen. Insgesamt ein eher „trockener“ Tag im Konferenzgebäude - draußen regnete es.

Am Montag wurde gewählt - den ganzen Tag lang. Der neue Bundesvorstand der GEW setzt sich wie folgt zusammen: Marlies Tepe, Vorsitzende; Petra Grundmann, Arbeitsbereich (AB) Finanzen; Frauke Gützkow (AB Frauenpolitik); Daniel Merbitz (AB Tarif- und Beamtenpolitik); Björn Köhler, Organisationsbereich (OB) Jugend- und Sozialarbeit; Ilka Hoffmann, OB Schule; Andreas Keller, OB Hochschule und Forschung, sowie Stellvertretender Vorsitzender der GEW; Ansgar Klinger, OB Berufliche Bildung und Weiterbildung.

Wie oben genannt vertritt Dr. Ilka Hoffmann (Saarland) auch in den kommenden vier Jahren den OB Schule. Ihre Wahl konnte allerdings erst am Dienstag stattfinden, weil die bisherigen Wahlen und Personaldebatten ausgesprochen langwierig waren. Den Vorstandsbereich Schule erkämpfte sich Ilka in einer wahren Wimpernschlagentscheidung - knapper geht's nimmer! Erster Wahlgang: Gegen den Konkurrenten aus Berlin erringt sie 3 Stimmen Vorsprung (203 zu 200). Zweiter Wahlgang - hier genügte die einfache Mehrheit -: 202 zu 201 Stimmen für Dr. Ilka Hoffmann. An dieser Stelle: „Herzlichen Glückwunsch zur Bestätigung im Amt!“

Doch in der Chronologie der Ereignisse noch einmal zurück zum Montagabend. Der GEW LV Baden-Württemberg hatte um 19.30 Uhr unter dem Motto „Manege frei! Hütt Z'Oben fiere mr!“ ins Konzerthaus in Freiburg eingeladen. Es war eine begeisterte, fulmi-



Ilka Hoffmann, wiedergewähltes Mitglied im GEW-Bundesvorstand, Organisationsbereich Schule

nante Abendveranstaltung mit guter Verköstigung, Unterhaltung, Musik und Tanz. Danke Ba-Wü, das habt ihr großartig gemacht.

Springen wir wieder zum Dienstag. Nach den letzten Personalwahlen am Morgen, konnte es am Dienstagnachmittag endlich mit der Antragsberatung losgehen. Und nun kam die große Stunde der Antragskommission. Der Auftrag sah nichts Geringeres vor als etwa 200 Anträge in 7 Stunden durchzuarbeiten. Es ist kaum zu glauben, aber es hat geklappt. Die Kolleg_innen der Antragskommission hatten im Vorfeld und dann auch zeitaktuell während des GEWerkenschaftstages die Anträge, (Ab)Änderungsanträge, Drucksachen, Dringlichkeitsanträge, Eilanträge ... so gewissenhaft und intensiv vor- und durchgearbeitet, dass alle Delegierten optimal informiert waren und strittige Anträge höchst konstruktiv diskutiert werden konnten. Die Themenbereiche, die beschlossen wurden, befassen sich mit Bildung in der Migrationsgesellschaft, Inklusion, Wertschätzung der Bildungsarbeit, Hochschulpolitik, Gegen Rechts, Studium, Digitalisierung, Fachkräftemangel und -ausbildung, Organisationsentwicklung und andere mehr. Die Redebeiträge der Diskutant_innen zu den vielen Einzelanträgen wie z.B. den Belangen von SuE, Unterricht und Bildung etc. waren so

spannend und informativ, dass sie alle hier wiedergegeben werden sollten - aber das geht natürlich nicht. Der Dienstagabend dauerte etwas länger. Bis 21.30 Uhr wurde beraten und abgestimmt. Und danach zeigten alle deutliche Ermüdungserscheinungen.

Mittwochmorgen, letzter GEWerkenschaftstag. Gleich um 9.00 Uhr hatten wir Besuch von Rolf Stegner, Stellvertretender Vorsitzender der Bundes-SPD. Einen besseren Wecker und Wachrüttler kann man sich kaum vorstellen. Zu früher Stunde ist dieser Mann bereits dazu fähig, eine aufweckende, mitreißende Rede zu Bildungsgerechtigkeit zu halten. Wie das geht? Nun, z.B. mit Sätzen wie: „In Bildung investieren, statt in Rüstung.“ „Einführung von Studiengebühren ist ein Schritt ins Vorgestern.“ „Schulen dürfen nicht aussehen wie Justizvollzugsanstalten.“ Leider hat der gute Mann so schnell gesprochen, dass es nicht möglich war, weitere markante Aussagen mitzuschreiben.

Nach diesem Weckruf ging es in den Endspurt der Antragsberatung und man mag es kaum für möglich halten: Fast alles wurde beraten, nur Weniges an den HV weitergeleitet und der 28. Ordentliche GEWerkenschaftstag endete pünktlich um 12.00 Uhr.

Im Folgenden einige Anträge, die beschlossen wurden:

- Für eine bessere Finanzierung und Ausstattung des Bildungswesens
- JA 13 - weil Grundschullehrer_innen es verdienen
- Arbeitszeit und Belastung der Lehrkräfte senken / Neue Chancen nutzen

■ Lehrkräftemangel bekämpfen -Schulqualität sichern - Schulreformen offen halten

■ Mehrere Anträge zum Thema Inklusion befassten sich mit den allerorten zu beobachtenden Unzulänglichkeiten der erlebten Inklusion. Ein zusammenfassender Antrag bezog sich auf diese gravierenden Probleme und fordert die Herstellung von Gelingensbedingungen zur Umsetzung der Inklusion.

■ Bessere personelle Voraussetzungen für KiTas

■ Öffentliche Gelder nur für Bildungsanbieter, die tariflich zahlen.

■ Arbeits- und Gesundheitsschutz in Bildungseinrichtungen

■ Und viele, viele andere mehr.

Was gab es noch auf dem GEWerkenschaftstag? Kurzzusammenfassung im Telegrammstil:

Es wurden Reden gehalten von Fred van Leeuwen, Generalsekretär der Bildungsinternationalen; Dr. Susanne Eisenmann, Präsidentin der KMK und Ministerin für Kultus in Ba-Wü; Bettina Jarasch, Mitglied des Bundesvorstandes von Bündnis 90/Die Grünen; Bernd Riexinger, Vorsitzender Die Linke; Thomas Strobl, Stellvertretender Vorsitzender der CDU, Minister für Inneres Ba-Wü.

Beeindruckend war auch zu erleben, dass die GEW sich vor nichts und niemand scheut. So veranstalteten GEW-KollegInnen während der Eröffnungsrede von Winfried Kretschmann (Ministerpräsident Ba-Wü) eine Protestaktion zur Erinnerung an die Rehabilitation der Opfer von Berufsverboten sowie einen Protest gegen die Einführung von Studiengebühren für ausländische StudentInnen in Ba-Wü. Ebenso wurde während der Rede des Ba-Wü Innenministers ein Protestmarsch vor dem Rednerpult gegen die Abschiebung von Flüchtlingen veranstaltet.

Es war viel los auf dem GEWerkenschaftstag. Bestimmt habe ich manches vergessen. Aber wie wir Pädagogen ja wissen; trotz der Fülle der Informationen gilt: Weniger ist mehr.

Fazit: in Form eines Elfcchens GEWerkenschaftstag, Informieren.Diskutieren. Zukunft entwickeln. Bildung. Weiter denken! Starke GEWerkenschaft. Gelungen! ■

Joachim Fegert

Wer die auf dem GEWerkenschaftstag verabschiedeten Anträge einsehen möchte, kann dies tun unter: www.gew.de/28-gewerkenschaftstag/beschluesse/

Der 28. GEWerkenschaftstag - aus der Sicht des sozialpädagogischen Bereichs

In Freiburg habe ich, Christel Pohl, das erste Mal an einem Bundesgewerkschaftskongress teilgenommen. Es war sehr interessant und wichtig, um einen umfassenderen Blick auf die Gesamtorganisation GEW zu gewinnen. Gemeinsame Positionen und Stellungnahmen sowie einen Ausblick auf den künftigen Weg der GEW zu erarbeiten, fand ich sehr bereichernd für meine weitere Arbeit.

Was ich allerdings aus der Sicht des Bereichs Jugendhilfe und Sozialarbeit sehr wichtig finde, ist die notwendige Verankerung und Verinnerlichung des Selbstverständnisses der GEW als Bildungsgewerkschaft und die Formulierung hin zu dem Begriff der Pädagog_innen. Gemeinsam treten wir für die guten Bildungschancen und Arbeitsbedingungen in allen Bereichen von Bildung, auch im Bereich der Jugendhilfe, ein.

In vielen Landesverbänden sind mittlerweile mehr als ein Drittel der Mitglieder aus dem o.g. Bereich. Und gemeinsam sind wir stark! Das bedeutet für mich: Bildung. Weiter denken!

An dieser Stelle möchte ich den Antrag 2.11 „Die TVÖD-Entgeltordnung für den Sozial- und Erziehungsdienst 2020 weiterentwickeln“ besonders herausheben. Der GEWerkenschaftstag in Freiburg hat einstimmig beschlossen, ab Frühjahr 2018 ein tarifpolitisches Gesamtkonzept zu entwickeln, in welchem zum einen die fachlich-inhaltlichen, so wie auch die tariflichen Verbesserungen einer neuen Entgeltordnung für den Sozial- und Erziehungsdienst enthalten sind.

Des Weiteren werden Überlegungen für die dann im Jahre 2020 anstehende strategische Kampagne angestellt. Diese beinhaltet u.a., die in den Jahren bis 2020 entsprechenden Mobilisierungskampagnen auch in der Öffentlichkeit durchzuführen. Die GEW wird in diesem Zusammenhang den Mitgliedern Möglichkeiten und Räume schaffen, sich an diesem Prozess zu beteiligen.

Darüber hinaus setzt sich die GEW dafür ein, dass Schulsozialarbeiter_innen, Kindheitspädagog_innen und Fachberater_innen in der TVÖD-Entgeltordnung als eigenständige Berufsgruppe Berücksichtigung finden! ■

Christel Pohl

Fotos: GEW, Andreas Sánchez Haselberger



Die saarländische Delegation beim Gewerkschaftstag in Freiburg, v.l.n.r.: Max Hewer, Max Karbach, Harald Ley, Christel Pohl, Andreas Sánchez Haselberger, Traudel Job, Hans-Jürgen Schäfer, Ulf Jaenicke, Birgit Jenni, Joachim Fegert, Gerhard Graf, Patrik Zeimetz



Ulf Jaenicke und Christel Pohl

Nachbetrachtung PR-Wahl LHS



Die Personalratswahl bei der Landeshauptstadt Saarbrücken ist nun vorbei. Die GEW ist wieder im Personalrat der LHS vertreten. Für uns stimmten 190 Wähler und Wählerinnen und damit haben wir einen Sitz für die GEW gewonnen. Das zeigt einen enormen Zuwachs bei den Stimmabgaben, und wir bedanken uns bei allen Wähler und Wählerinnen.

Sie haben uns mit ihren Stimmen das Vertrauen in uns und unsere GEW-Positionen ausgesprochen. Das nehmen wir sehr ernst, und wir werden uns dort für die Interessen und Belange der Kolleg_innen einsetzen.

Aufgrund der Sitzverteilung sind wir dort zwar als Minderheit, d.h. aber nicht dass wir uns nicht einbringen werden. Zur Verbesserung der Arbeitssituation wollen wir ein Miteinander aufbauen, das allen Beschäftigten der LHS nützen soll.

Wann - wenn nicht jetzt? Wer - wenn nicht wir? Wie - wenn nicht gemeinsam?

Und wir blicken in die Zukunft: dieses Mal mit 190 Stimmen und 1 Sitz - das nächste Mal mit ...! ■

Christel Pohl

DIE BILDUNGS-GEWERKSCHAFT EMPFIEHLT AKTIV WERDEN GEGEN NAZIS



GEW-Vertreter erfolgreich

Personalratswahlen beim Landkreis Neunkirchen

Die Personalratswahlen am 4. und 5. Mai 2017 beim Landkreis Neunkirchen sind für die GEW erfolgreich verlaufen. Die GEW ist weiterhin mit einem Sitz im elfköpfigen Personalrat der Kreisverwaltung vertreten.

In einem spannenden Wahlkampf, der mit hoher Wahlbeteiligung abgeschlossen wurde, konnten Hans-Jürgen Schäfer und Silke Grandjean als GEW-Vertretung für die Angestellten ihren Sitz im neuen Personalrat behaupten. Die hohe Wahlbeteiligung sorgte dafür, dass

50 % mehr Stimmen im Vergleich zur vorletzten Wahl erreicht wurden. Das lässt auf gesteigertes Vertrauen in die GEW-Vertreter und deren Mitspielern für deren Arbeit in der abgelaufenen Legislaturperiode wie auch als Vorschuss für den künftigen Einsatz zugunsten der Belange der Beschäftigten schließen. Die gewählte GEW-Vertretung wird alles tun, um dem Auftrag gerecht zu werden. ■

Hans-Jürgen Schäfer

Die Bildungsmesse - ein Maßstab für Bildung?

Jedes Jahr besuche ich die Bildungsmesse „didacta“, die vom 14.-18. Februar wieder einmal in Stuttgart stattfand. Immer schaue ich nach den neuesten Trends. 2017 verlief die nach einer Pressemitteilung des Veranstalters „größte Bildungsfachmesse der Welt“ erneut wirtschaftlich sehr erfolgreich.

Der didacta-Verband gibt sich zufrieden: 75.000 qm Ausstellungsfläche, 860 Aussteller aus 47 Ländern, 1.500 Veranstaltungen im überwiegend fortbildenden Rahmenprogramm, 85.000 Besucherinnen und Besucher. Deren Interesse richtete sich laut Veranstalter zunehmend auf digitale Medien: Mit 34 Prozent lag die Nachfrage hier um sieben Prozent höher als im Vorjahr. Doch ob diese offiziellen Zahlen realistisch sind, lässt sich nicht überprüfen. Der Eindruck vom Gang durch die Messehallen war für mich jedenfalls ein anderer. Die Massen knubbelten sich nicht in der Halle mit der ganzen hochmodernen Computertechnologie. Gedränge gab es vielmehr an den Verlagsständen mit Sonderangeboten in Lehr- und Unterrichtsmaterialien. Etliche Besucher füllten ihre eigens mitgebrachten Rollkoffer systematisch und gezielt mit günstig erworbenen Büchern, Arbeitsheften und anderen konventionellen Arbeitsmitteln. Allerdings hat sich auf Verlagsseite der Trend der letzten Jahre deutlich verstärkt, digitale Medien ergänzend zu den klassischen Schulbüchern und Arbeitsheften anzubieten. Wer jedoch viel in unterschiedlichen Schulen herumkommt, so wie ich dank meiner Vortrags-tätigkeit, der weiß, dass es in Deutschland eine Zweiklassengesellschaft gibt: auf der einen Seite gut situierte und modern ausgestattete Schulen, oft mit finanzkräftigen Sponsoren als Partner, auf der anderen Seite vernachlässigt wirkende Brennpunktschulen mit veraltetem Mobiliar und immer noch genutzten Kreidetafeln.

Doch auch an solchen Schulen interessieren sich Lehrkräfte für digitale Bildungsangebote, die ihren Arbeitsaufwand in der Unterrichtsvorbereitung verringern können. So wirbt „meinUnterricht.de“ für sein Konzept, aus derzeit 22.000 Seiten mit Materialien für alle Fächer und Altersstufen von einer ganzen Reihe von Verlagen auswählen zu können. Wer steckt hinter dieser verlockend klingenden Ansage? Der Prospekt verrät es nicht. Auch auf der Website gibt es kein Impressum. In der Rubrik „Hilfe“ schließlich findet sich ein Hinweis auf „K.lab educmedia GmbH“ mit Sitz



in Berlin. Auf deren englischsprachiger Website gibt es das gesuchte Impressum - Kundenfreundlichkeit sieht anders aus! Was der volle Service von „meinUnterricht.de“ den Nutzer kostet, kann man zudem nicht erfahren, so lange man nicht angemeldet ist.

Da finde ich das „Netzwerk für Demokratie und Courage“ (NDC; www.netzwerk-courage.de) viel sympathischer. Dieser Verein, mit Sitz in Dresden und bislang in elf Bundesländern vertreten, beschreibt sein Hauptaufgabenfeld mit der „Durchführung von Projekttagen an Schulen und Ausbildungseinrichtungen“. Dieses unentgeltliche Angebot wird von ehrenamtlich tätigen jungen Leuten realisiert, die nach einem festen und evaluierten Konzept ausgebildet sind. Sie bieten ab Klassenstufe 5 Themen an wie „Alle sind anders... - und ich auch?“ oder „Superwoman trifft auf Barbie und Ken“ u.a.m.

Von den ganzen Verbänden und Initiativen, die früher stets auf der Bildungsmesse zu treffen waren, sind heute nur noch wenige vor Ort. Zum einen sind die Kosten für sie zu hoch, zum anderen ist die Zahl ehrenamtlich mithelfender Unterstützer rückläufig. Für kleine Initiativen ist es nicht leicht, Auf- und Abbau sowie fünf Tage mit zwei Personen am Stand zu bewältigen. Immerhin - der ADHS Deutschland e.V. war vertreten, sogar mit seiner Geschäftsführerin, Dr. Myriam Bea. Sie überreichte mir die neue Postkarte des Verbandes mit dem Motiv eines bunten ADHS-Zebras inmitten des Mottos: „Wir sind anders, doch höchst sympathisch!“ Drumherum finden sich zahllose Eigenschaftswörter, die auf ADHS-

Menschen, aber auch auf jeden anderen zutreffen können. Ein wunderbares Bild und beste Werbung für die Idee der Inklusion!

Eigentlich hätte ich erwartet, dass gerade dieses Thema, die Inklusion, auf der didacta 2017 eine stärkere Rolle spielen würde. Doch nicht einmal in den zahlreichen vorab verschickten Pressemitteilungen des Veranstalters kommt es vor. Die Messe repräsentiert ganz offensichtlich nicht, was die Menschen bewegt, sondern lediglich, was den Umsatz der Bildungsindustrie ausmacht. Es wird immer wichtiger, sich der Tatsache bewusst zu werden, dass Bildung weniger von Materialien abhängt als von den Menschen, die sie vermitteln. Insofern lässt sogar die sehr konservative Kultusministerin Baden-Württembergs, Dr. Susanne Eisenmann, aufhorchen, wenn sie in ihrer Eröffnungsansprache vor einer Überbewertung digitaler Medien warnt: „... bei aller Begeisterung sollte die Technik der Pädagogik folgen - nicht umgekehrt!“ Und sie setzt auf die Erziehungspartnerschaft von Schule und Elternhaus: „Die Schule allein wird es nicht schaffen, den Kindern beizubringen, dass digitale Endgeräte einen Ausschaltknopf haben.“ Aber wer erst bringt es dem pädagogischen Fachpublikum bei, dass eine „Bildungsmesse“ nicht den Maßstab für Bildung setzt? ■

Dipl.-Päd. Detlef Träbert

Dipl.-Päd. Detlef Träbert ist Ehrenvorsitzender der Aktion Humane Schule e.V. Er arbeitet als Autor und Vortragsreferent im pädagogischen Bereich (www.schulberatungsservice.de).

Foto: messe-stuttgart.de/didacta

Wir sind viele. Wir sind eins.

1. Mai 2017

Unter dem Motto „Wir sind viele. Wir sind eins.“ haben sich 4.500 Menschen in Saarbrücken zum „Tag der Arbeit“ am 1. Mai an der Demonstration und der anschließenden Kundgebung des DGB beteiligt. Nach der Kundgebung fand auf dem Schlossplatz traditionell ein Familienfest der DGB-Gewerkschaften statt.

Etwa 20 Stände mit Aktionen und Informationen standen für die Besucher bereit. Die GEW-Saarland war natürlich auch wieder mit einem Stand vertreten. Bei Kaffee und selbstgemachten Kuchen oder einem Gläschen Crémant fanden interessante Gespräche statt. Hier ein paar Eindrücke der Veranstaltung. ■



Demonstrationszug durch die Saarbrücker Innenstadt



DGB-Chief Eugen Roth



Wie jedes Jahr eine stark vertretene Delegation der GEW-Saarland



Verdienstes Gläschen nach dem Marsch

Fotos: Max Karbach, Gerhard Graf, Andreas Sánchez Haselberger

Donnerstag, 22.6.2017

Dil Leyla

Dokumentarfilm

Regie: Asil Özarslan

71 Minuten, Deutschland 2016



Leyla wird in Cizre, einer Kurdenhochburg an der syrisch-irakischen Grenze, geboren. Als sie fünf Jahre alt ist, wird ihr Vater, ein PKK-Aktivist, bei einem Gefecht mit dem türkischen Militär getötet. Die Familie flieht nach Deutschland. Nach über 20 Jahren kehrt Leyla in ihre kurdische Heimatstadt zurück und wird mit 26 Jahren die jüngste Bürgermeisterin der Türkei. Doch der Friede ist trügerisch. Sie wird von der Regierung Erdogans ihres Amtes enthoben, muss untertauchen.

Regisseurin Asil Özarslan wird an diesem Tag anwesend sein und für Diskussionen zur Verfügung stehen. Nach der Abendvorstellung um 19 Uhr AK-Gespräche „Demokratie in Gefahr - die Situation in der Türkei“.

Brisante Themen zum 10-jährigen Jubiläum

AK-Filmtage vom 19. bis 23. Juni: Schulklassen jetzt anmelden!

Mit brandaktuellen politischen Themen feiert die Arbeitskammer des Saarlandes das zehnjährige Jubiläum ihrer AK-Filmtage für Schulklassen und Jugendgruppen. Vom 19. bis 23. Juni geht es unter dem Motto „Demokratie, Mitbestimmung, Selbstbestimmung“ um das Erstreiten und Bewahren demokratischer Grundrechte wie freie Wahlen, Gleichberechtigung und Meinungsfreiheit.

Gleich an zwei Tagen werden diesmal die Regisseurinnen mit dem Publikum über ihren Film und die zugrundeliegende Problematik diskutieren: Zur Eröffnung am Montag, 19. Juni, kommt Franziska Margarete Hoenisch mit dem Film „Club Europa“, der beim diesjährigen Max-Ophüls-Festival den Preis für den gesellschaftlich relevanten Film erhalten hat. Und am Donnerstag, 22. Juni, stellt Asli Özarslan ihre Dokumentation „Dil Leyla“ vor. Der Film über eine junge Bürgermeisterin im

Kurdengebiet der Türkei beleuchtet die Zuspitzung der politischen Probleme dort. Außerdem auf dem Programm: „Selma“ von Ava DuVernay (Dienstag, 20. Juni), „Snowden“ von Oliver Stone (Mittwoch, 21. Juni) und „Sufragette“ von Sarah Gavron (Freitag, 23. Juni).

Alle Filme werden im „kino achteinhalb“ in Saarbrücken gezeigt. Die Vorstellungen um 8.30 Uhr, 11.30 Uhr und 15 Uhr sind für Schulklassen und Jugendgruppen kostenlos. Anmeldung: filmtage@arbeitskammer.de

Neu: Um 15 Uhr können auch Einzelpersonen nach Anmeldung die Filme sehen. Um 19 Uhr laufen alle Filme zum ermäßigten Preis von 3,50 Euro. Das genaue Programm sowie alle Infos und Filmfotos zum Download unter www.arbeitskammer.de/filmtage2017. ■

ANZEIGE



Nutzen Sie unsere attraktiven Sonderkonditionen

Dienstunfähigkeitsversicherung
Berufsunfähigkeitsversicherung

Versicherungsschutz bis 67 möglich!

Sicherheit für den Fall der Dienst- oder Berufsunfähigkeit ist wichtig! Denn dieses Risiko wird oft unterschätzt. Die HUK-COBURG bietet Ihnen Sonderkonditionen bei Neuabschluss einer Dienst- oder Berufsunfähigkeitsversicherung. Damit sparen Sie über die gesamte Laufzeit bares Geld!

Sprechen Sie mit uns. Wir beraten Sie gerne auch persönlich vor Ort:

Geschäftsstelle Saarbrücken

Ralf Brem, Ralf.Brem@HUK-COBURG.de



Als wir gegen die Deutschen verloren haben

Es sind noch Sommerferien in Holland am 8. Juli 1974. Am Vortag wurde das WM-Finale verloren. Jonas und Daan lernen sich kennen und verbringen die Ferien zusammen. Die unbeschwertesten Tage werden durch die Nachricht vom Verschwinden ihrer Mitschülerin Helene getrübt. Sie wurde seit Tagen nicht mehr gesehen und man muss das Schlimmste befürchten ...

Zeichner, Autor und Regisseur Guido van Driel's „Als wir gegen die Deutschen verloren haben“ muss als autobiografischer Roman (Graphic Novel) gelesen werden.

In unnachahmlichem Stil porträtiert er eine Momentaufnahme seiner Kindheit, untermalt von kräftigen Farben und dem satten Grün eines Fußballfeldes. Hinter bunter Tapete und Glamrock verweben sich die alltäglichen Erlebnisse der Jugendlichen mit dem dramatischen Verschwinden der kleinen Helene. ■

(red.)

Guido van Driel:
Als wir gegen die Deutschen verloren haben
avant-verlag, 86 Seiten
ISBN: 978-3-945034-38-5
Preis: 19,95 Euro



Sprachförderung im Kindergarten

Gezielt bestimmte Bildungsbereiche fördern und dabei Kompetenzen aus verschiedenen Bildungsbereichen beobachten und dokumentieren: Mit diesen Materialien schlägt man zwei Fliegen mit einer Klappe.

In diesem Praxisbuch zur Sprachförderung findet man schöne und abwechslungsreiche Angebote zum Sprechen, Erzählen und Spielen mit Sprache, z.B. Reime, Geschichten, Sprach- und Fingerspiele. Mit allen Angeboten fördern Sie Sprachfähigkeit, Literacy und Vorläuferfähigkeiten für den Schriftspracherwerb, z.B. die phonologische Bewusstheit. Die notwendigen Bildvorlagen sind in Farbe direkt im Buch enthalten.

Alle Vorschläge bieten direkt sinnvolle Dokumentationsanlässe, passen ganz flexibel in den Kita-Alltag und sind mit einfachen Materialien sofort umsetzbar. Erleichtert wird Ihnen diese Aufgabe durch genaue Anleitungen mit extra ausgewiesenen Beobachtungskriterien zu den Bildungsbereichen, einen praktischen Index der Fertigkeiten sowie die benötigten Kopiervorlagen. ■

Matthias Römer

Yvonne Wagner: 50x Sprachförderung zum Beobachten und Dokumentieren
Verlag an der Ruhr, 80 Seiten
ISBN: 9783834632128
Preis: 17,99 Euro



Enzyklopädie der Dummten Dinge

Als Pragmatiker ist man ja geneigt, die nützlichen Eigenschaften einer Sache in den Vordergrund zu stellen. Und wenn sie sich dann für einen selbst auch als nützlich erweist, dann ist man meist nicht mehr in der Lage die schlechten Seiten des Dinges zu betrachten.

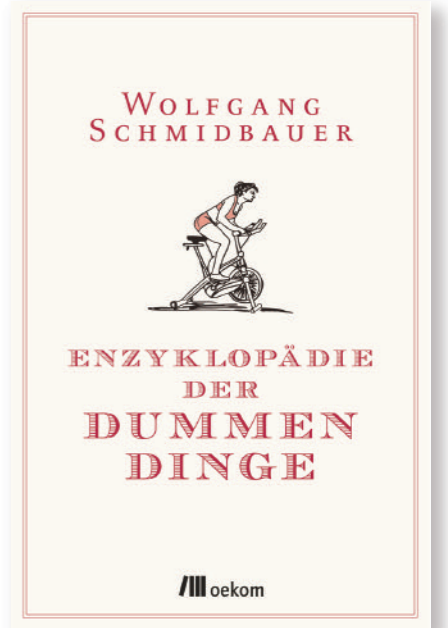
Doch genau diesen Fingerzeig versucht Wolfgang Schmidbauer in seiner Enzyklopädie: In einer Art Vorbeischau präsentiert er uns viele Dinge des Alltags und ihre dunklen Seiten. Er legt die Sinnlosigkeit menschlicher Errungenschaften der letzten 100 Jahre bloß und erweist sich zwar so manches Mal als Technikfeind, nicht zuletzt aber als ein Mahner über das Unnütze und Unsinnige nachzudenken.

zwar unser Leben prägt, ohne dass wir jemals die negativen Seiten abgewogen haben.

Amüsant zu lesen sind seine Abhandlungen über Bleistiftspitzer, Drucker, Einmalbesteck oder Geschirrspüler, wobei er manchmal über das Ziel hinausschießt – aber das ist die Kontrastposition zur Pragmatik. ■

Matthias Römer

Wolfgang Schmidbauer: Enzyklopädie der Dummten Dinge
Oekom Verlag 2015, 233 Seiten
ISBN: 978-3-86581-732-7
Preis: 17,95 Euro



Ein nettes Büchlein, das man, ähnlich einem Brevier, immer mal wieder in die Hand nehmen kann, um zu erfahren, wie eine Sache

Bildung ist ein Menschenrecht.

Professionalisierung im Berufsfeld Schule

Themenswerpunkt in H. 1/2017 der Zeitschrift „DDS – Die Deutsche Schule“, Hrsg. von der GEW

Die DDS stellt sich der Problematik gesteigerter Ansprüche der Gesellschaft an die Schule (internationale Konkurrenzfähigkeit, Bildungsgerechtigkeit, Inklusion) und richtet den Blick auf Fragen der Professionalisierung für den und im Beruf; dabei nimmt sie neben der Aus- auch die Fortbildung in den Blick und fragt: Wie kommen neue Erkenntnisse in die Köpfe des pädagogischen Personals in Schulen?

Wittek, Maria Ruohotie-Lyhty und Hannu L.T. Heikkinen vergleichen die Gestaltung der Berufseinstiegsphase von Lehrkräften in Deutschland und Finnland. Gabriele Klewin und Barbara Koch erörtern Nutzen und Gelingenbedingungen einer forschenden Haltung bei Studierenden und Lehrkräften. Bernd Zymek wagt angesichts der sog. „Pfadabhängigkeit“ nationaler und kultureller Entwicklungslinien historisch-empirisch begründete Aussagen zur Zukunft des Lehrberufs in Deutschland. ■

Nadine Göb erörtert, wie Lehrerfortbildungen so gestaltet werden können, dass es zu nachhaltigen Aneignungsprozessen im Sinne von handlungsleitendem Professionswissen kommt. Christine Demmer, Martin Heinrich und Annika Lübeck stellen ein Fortbildungskonzept vor, bei dem mit Fallstudien an der Rollenklärung in multiprofessionellen Teams an inklusiven Schulen gearbeitet wird. Doris

Sylvia Schütze

Die DDS kann online – auch einzelne Artikel – und gedruckt bezogen werden. Abstracts zu den Beiträgen sowie Bestellmöglichkeiten unter: www.dds-home.de.



WENN NIEMAND MEHR ÜBER INHAFTIERTE JOURNALISTEN IN DER TÜRKEI SCHREIBT, SIND DANN ALLE WIEDER FREI?

Eigensinn

Die starke Strategie gegen Burn-out und Depressionen

Eigensinnige Menschen haben ein schlechtes Image; sie gelten als schwierig, unbequem, stur, bockig, nervig, stören die Harmonie, stellen unbequeme Fragen, weichen von der Norm ab und gelten insgesamt als unangenehme Zeitgenossen. Die Psychologin und Bestseller-Autorin Ursula Nuber ist da ganz anderer Meinung; in ihrem neuen Buch verteidigt sie Eigensinn als eine Art ‚Leibwächter‘, der die Menschen davor schützt ausgenutzt und ausgezehrt zu werden: „Eigensinn ist eine Grundvoraussetzung, um in der heutigen Zeit mit ihren vielfältigen Herausforderungen seelisch stabil und gesund zu bleiben... Eigensinn stärkt das seelische Immunsystem und lässt krankmachende Gefühle wie Resignation, Fatalismus, Hilflosigkeit oder auch Ärger nicht überhandnehmen. Ein eigener Kopf verhindert quälende Grübeleien und Selbstzweifel und bietet damit einen hervorragenden Schutz vor Stresserkrankungen wie Burn-out und Depressionen“ (S.11).

Mit ihrem Buch will Ursula Nuber dazu ermutigen, sich Schritt für Schritt mit dem Eigensinn und dessen positiven Qualitäten vertraut zu machen. Ursula Nuber ist Diplompsychologin und Chefredakteurin der Zeitschrift Psychologie Heute, ausgebildet in Systemischer Paartherapie und Systemischer Psychotherapie und Autorin zahlreicher psychologischer Fachbücher.

In sechs Kapiteln entwickelt die Autorin ihr Plädoyer für Eigensinn als gehaltvolle Strategie für Selbstverwirklichung und für ein selbstgesteuertes Leben und gegen Burn-out und Depression; im siebten Kapitel formuliert sie die ‚dreizehn Grundrechte des Eigensinns‘ als handlungsanleitendes Fazit ihres Buches. Die für die wissenschaftliche Fundierung ihrer Analyse verwendete Literatur ist im Anhang aufgelistet. Eigensinn - so die Autorin - habe nichts mit Egoismus oder mit aggressiver Dominanz über andere zu tun, wohl aber sehr viel mit elementaren Konzepten der Persönlichkeitspsychologie; Eigensinn sei die Voraussetzung für Selbsterverwirklichung, Autonomie, Resilienz und Authentizität: „Erst der Eigensinn ermöglicht es einem Menschen, sein volles Potential zu entfalten und zu dem Menschen zu werden, als der er gedacht ist“ (S. 29).

Was aber bedeutet eigensinnig zu sein: „Nach eigenen Gründen fürs Leben zu suchen und zu prüfen, ob man sich nicht schon längst von äußeren Sinngebern steuern lässt: Hat das, was ich tue, für mich persönlich eine

Bedeutung? Lebe ich meine Werte? Kann ich am Ende sagen: Es war gut so, wie ich mein Leben geführt habe? Welche Ereignisse, welche Menschen haben für mich Bedeutung?“ (S. 227). Wenn es gelänge, die äußeren Sinngeber durch einen eigenen Sinn zu ersetzen, werde das Leben nicht unbedingt leichter, aber doch zufriedener; so entwickle sich eine Persönlichkeit mit Ecken und Kanten, unverwechselbar, unbeirrbar und unbestechlich und die von anderen respektiert und wertgeschätzt wird. Zum Eigensinn müsse man ermutigt und erzogen werden; ob man eigensinnig durchs Leben gehen könne, hänge weitgehend von den Lernerfahrungen als Kind ab; z. B. ob und wie man seinen eigenen Willen zeigen durfte, ob ein Nein erlaubt war oder als Ungehorsam sanktioniert wurde. Ein Kind, das beim kleinsten Anzeichen von Eigenwilligkeit von Erwachsenen in die Schranken gewiesen werde, könne kaum Eigensinn entwickeln: „Die Botschaften der Erwachsenen, ihre Verbote und Gebote, ihre Ermutigungen und Bestärkungen gehen einem in Fleisch und Blut über, sie «komponieren» die Melodie, nach der man im Leben tanzt“ (S. 41). Dazu käme noch die Angst vor Bestrafung und vor allem vor Zurückweisung; Strenge und Kontrolle ebenso Überbehütung und Verwöhnung treiben den Kindern Eigensinn aus - so die Autorin - stattdessen lernen sie, eigene Bedürfnisse zu unterdrücken oder erst gar keine zu haben, sich anzupassen statt sich zu wehren. Die Erziehungserfahrungen einer Generation werden meist an die nächste weitergegeben: „Wer selbst als Kind zu Gehorsam, Disziplin und Unterordnung erzogen wurde, tut sich schwer damit, seinen Kindern einen eigenen Willen und ein eigensinniges Nein zuzugestehen“ (S. 45).

So sollten nach einem Elternratgeber von 1748 die Eltern ihren Kindern mit der Rute den Eigensinn vertreiben. Auch das Märchen der Gebrüder Grimm «Das eigensinnige Kind», das der «liebe Gott deswegen sterben ließ und selbst aus dem Grab sein Ärmchen raustreckte, mit dem es dann seine Mutter ins Grab runterzog, war eine Mahnung an Kinder im 19. Jahrhundert zum Gehorsam und zur Autoritätshörigkeit.“ Wer um die Jahrhundertwende Kind war und in der Zeit des Nationalsozialismus selbst Kinder in die Welt setzte, hatte kaum eine Chance, sich dem Erziehungsideal Gehorsam zu entziehen. Was im 19. Jahrhundert als «richtige» Erziehung angesehen wurde, fand im Nationalsozialismus eine ungebrochene Fortsetzung“ (S. 51). Auch



nach 1945 hätten die im NS-Reich geltenden repressiven ‚Tugenden‘ wie Disziplin, Gehorsam und Unterwürfigkeit und die Grundsätze der ‚schwarzen Pädagogik‘ noch viele Jahre nachgewirkt. Als positive Beispiele für eigensinnige Persönlichkeiten aus der Geschichte würdigt Ursula Nuber u.a. Eva aus dem Alten Testament, das Aschenputtel aus dem Märchen, Sophie Scholl aus dem Widerstand gegen die Nazis und auch Roberto Blanco, dessen Vater ihm auf den Weg mitgeben habe: „Roberto, du bist du. Sei kein Egoist, aber denke zuerst an dich. Du musst erst dir selber helfen, bevor du anderen helfen kannst“ (S. 192).

Am Ende des Bandes wird deutlich, dass man für das «Projekt Eigensinn» ein gutes Stück Mut, Beharrlichkeit und Konsequenz aufbringen muss, weil man als Abwechler Unruhe stiftet und unbequem ist, aber es lohnt sich, da wir mehr Selbstbestimmung in unser Leben bringen, dadurch mehr Lebensfreude erfahren und uns gegen seelische und körperliche Beschädigungen wappnen können. Ursula Nuber hat ein ermutigendes Buch geschrieben gegen den neoliberalen, zeitströmig-modernen Egotrip des Konsumkapitals und für die Erweckung der widerständigen, autonomen Tugenden des demokratischen, sozialen und liberalen Menschen in der Tradition von Erich Fromm, Karen Horney, Joachim Bauer, Michael Pauen und Harald Welzer. Der Band ist flott geschrieben, übersichtlich gegliedert, wissenschaftlich begründet und mit zahlreichen Beispielen aus der Praxis anschaulich illustriert; kleine optisch hervorgehobene Informationskästen und vor allem die «dreizehn Grundsätze des Eigensinns» am Schluss ermuntern und erleichtern die Selbstreflexion. ■

Klaus Ludwig Helf

Ursula Nuber: Eigensinn. Die starke Strategie gegen Burn-out und Depression - und für ein selbstbestimmtes Leben
Fischer-Verlag 2016, 256 Seiten
ISBN: 978-3-596-03101-6
Preis: 14,99 Euro



0,– Euro Bezügekonto² der „Besten Bank“

¹ Für GEW-Mitglieder, Voraussetzung: Eröffnung Bezügekonto, Genossenschaftsanteil von 15,– Euro/Mitglied.
² Voraussetzung: Bezügekonto mit Online-Überweisungen; Genossenschaftsanteil von 15,– Euro/Mitglied.

- ✓ Attraktive Vorteile für den öffentlichen Dienst
- ✓ Einfacher Online-Kontowechselservice
- ✓ Vorteil für GEW-Mitglieder:
50,– Euro Startguthaben¹



Vorteile für
GEW-Mitglieder!

BB Bank

Mehr Informationen? Gerne!

Tel. 0 800/40 60 40 192 (kostenfrei)
www.bbbank.de/gew

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst